

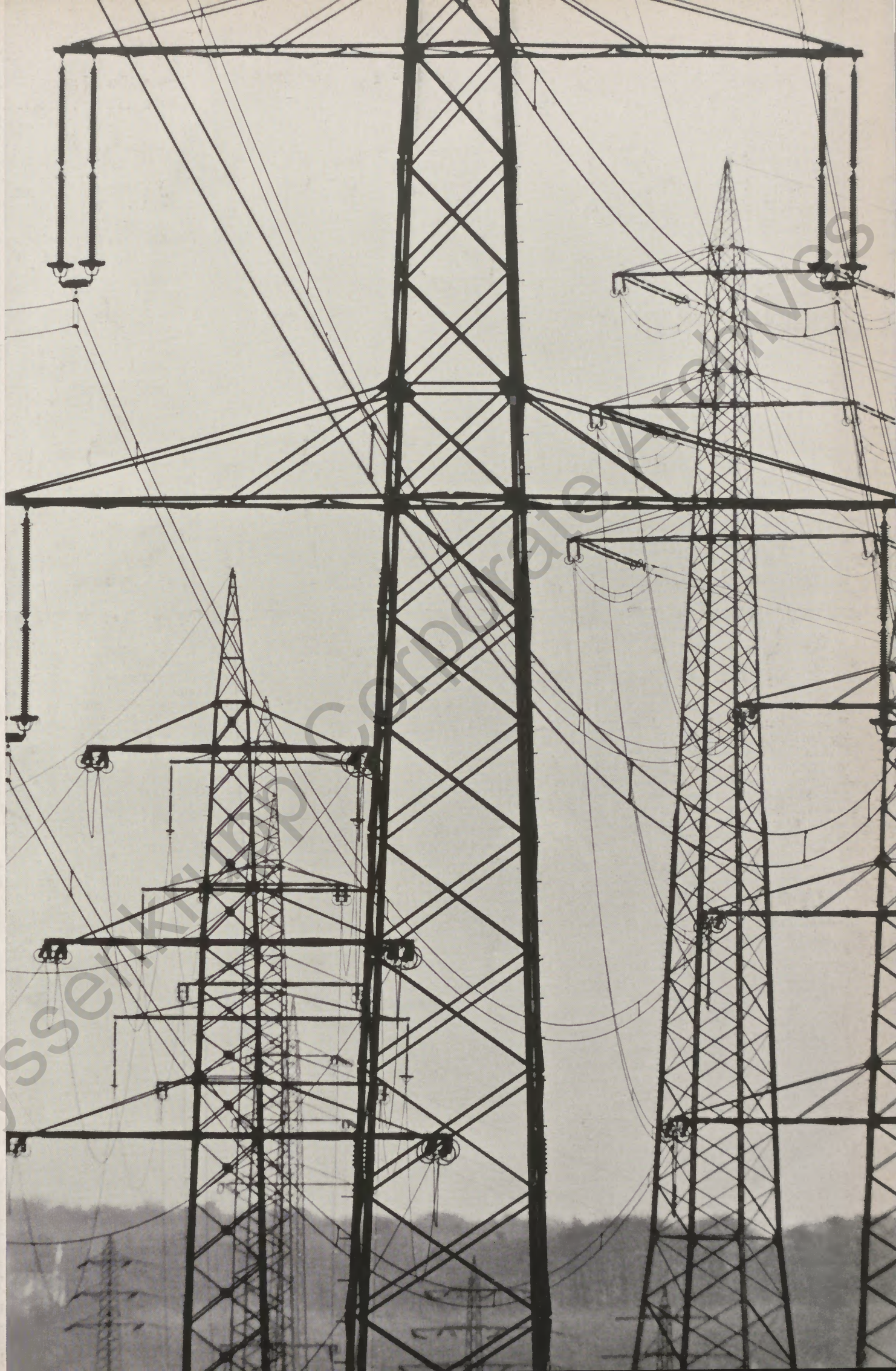
5

MAI

963

ERKZEITSCHRIFT
ER RUHRSTAHL
G - NUR FÜR DIE
ETRIEBSANGE-
ORIGEN • L 5991 E

RUHRSTAHL





Randbemerkung

Dem Kopf zum Putz - dem Mann zum Schutz

Als vor nunmehr acht Jahren die individuellen „Speckdeckel“ durch die zweckmäßigen – weil den Kopf schützenden – Schutzhelme abgelöst werden sollten, stieß diese Neuerung zunächst auf hinhaltenden Widerstand. Neben dem natürlichen Beharrungsvermögen mochte die Erinnerung an die „Dunstkiepen“ der Kommißzeit ein Grund für die Ablehnung dieser „uniformen“ Kopfbedeckung sein. Mit der Gewöhnung hat sich aber im Laufe der Jahre bei den meisten Mitarbeitern diese Gedankenverbindung verflüchtigt. Der sicherheitsbedingten Gleichförmigkeit der neuen Kopfbedeckung begegnen Individualisten unter den Mitarbeitern indes durch Helmausschmückungen eigener Schöpfung: Das hier abgebildete Prachtexemplar, verziert mit Abziehbildern aus dem Disney-Zoo, dürfte auch den letzten Skeptikern der Werksuniformität den ganz zivilen Charakter dieser im Betrieb notwendigen Kopfbedeckung beweisen.

Foto: H. Ahlborn

Sparsamkeit - das Gebot der Stunde

Vorstandsvorsitzer Dr. Hecker sprach am 22. April zu den Mitarbeitern der Verwaltung Witten über Probleme der für Mitte des Jahres vorgesehenen Fusion der Ruhrstahl AG mit der Rheinstahl Eisenwerke Mülheim/Meiderich AG und der Rheinstahl Eisenwerke Gelsenkirchen AG zur Rheinstahl Hüttenwerke AG. Diese Zusammenfassung der Hüttenunternehmen im Bereich unserer Muttergesellschaft, der Rheinischen Stahlwerke, zu einer neuen Gesellschaft kann – das war Dr. Heckers Ausführungen zu entnehmen – vor allem nur den einen Zweck haben: eine einheitliche Ausrichtung der Produktionsplanung, der Verkaufspolitik und der Investitionsabstimmung, d. h. eine einheitliche technische Planung für die Zukunft innerhalb dieser Hüttengesellschaft zu erreichen, die mit rund 27 000 Mitarbeitern zu den größten Westdeutschlands zählen wird.

Diese Konzentration der Hüttenkapazitäten im Rheinstahl-Konzern unter einer einheitlichen Führung wird also zu einer Verschmelzung der bislang in den einzelnen Hüttengesellschaften vorherrschenden Eigeninteressen zu einem einheitlichen Gesamtinteresse führen mit dem beabsichtigten Ergebnis, die in den drei bisher selbständigen Gesellschaften vorhandenen Produktionskapazitäten wirtschaftlicher zu nutzen, als dies bislang möglich war. Das setzt gewisse Schwerpunktbildungen im Fertigungsprogramm voraus, eine Straffung der Verkaufsorganisation und vor allem eine Investitionspolitik, die – in Abstimmung mit der Muttergesellschaft, den Rheinischen Stahlwerken – von vornherein einheitlich ausgerichtet ist. Mit anderen Worten: Der Fusion liegen Überlegungen zugrunde, die auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der im Rheinstahl-Bereich tätigen Hüttenwerke hinauslaufen. Mit Hilfe organisatorischer und technischer Rationalisierungsmaßnahmen soll eine größere Wirtschaftlichkeit der Rheinstahl-Hüttenwerke erzielt werden.

Wirtschaftlicher arbeiten kann man aber nur, wenn man unnötigen Aufwand einspart. Dieser Aufwand läßt sich hier vielfältig interpretieren: hierzu gehören Überkapazitäten ebenso wie veraltete Fertigungsmethoden; unter unnötigem Aufwand kann man organisatorische Reibungsverluste ebenso verstehen wie überhöhten Materialverbrauch – sprich Ausschuß; unter diesem Aufwand mag man auch jene Großzügigkeit verstehen, die bislang bei der Bemessung von Spesen, bei Telefonrechnungen und mancherlei anderen Dingen herrschte und die – pro Jahr gerechnet – mitunter mehr Geld gekostet hat, als es den Grundsätzen sparsamen Wirtschaftens angemessen scheint.

Gewiß, in Zeiten guter Konjunktur konnte man sich auf vielen Gebieten gewisse Großzügigkeiten leisten, gelegentliche Fehlplanungen konnten verschmerzt, unwirtschaftliche Betriebe „mitgeschleppt“ werden.

Aber das Konjunkturklima hat sich – vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie – im letzten Jahr grundlegend gewandelt: Der Wettbewerb um die Inlands- und Exportmärkte hat im Zeichen der absinkenden Konjunkturkurve eine Härte erreicht, die den Vorständen der Hütten-gesellschaften an der Ruhr manche schlaflose Nacht bereitet.

„Sinkende Auftragseingänge bei rückläufigen Erlösen“, so lautet die lakonische Formel, in der sich die gegenwärtig schwierige Lage der Stahlindustrie, ihr Kampf mit den durch mangelnde Beschäftigung steigenden Selbstkosten, verursacht durch ungenügende Ausnutzung der Anlagen, verstärkt durch steigende Lohnkosten und Arbeitszeitverkürzungen, ausdrückt.

Die Mitarbeiter verschiedener Betriebe der Heinrichshütte haben das Jahr 1963 mit eingeschränkter Arbeitszeit, verschiedentlich sogar mit Kurzarbeit beginnen müssen. In den meisten Bereichen hat sich die Lage inzwischen etwas gebessert; dennoch mußten im April die ersten Entlassungen vorgenommen werden.

*

Es war nicht von ungefähr, daß Dr. Hecker in seinen Ausführungen vor den Mitarbeitern der Verwaltung Witten – sie sind von der Fusion naturgemäß am nächsten betroffen – neben

der Erläuterung der Fusionsüberlegungen und den damit zusammenhängenden Problemen einiges zum Thema Sparen sagte, das wohl alle Ruhrstahl-Mitarbeiter angeht.

Wenn Dr. Hecker in seinen Ausführungen darauf hinwies, daß die mangelnde Auslastung der Anlagen (in einigen Hüttenwerken nur zu 50%!) zu höheren Kosten führe und die Erzeugnisse zugleich einem starken Preisdruck vor allem der ausländischen Konkurrenz ausgesetzt seien, so meinte er damit nichts anderes als: Wir müssen um jeden Preis sparen, wobei es nicht mit allgemeinen Meditationen über dieses sehr unpopuläre Thema getan sei. Man müsse das Wort Sparsamkeit so groß schreiben, daß es niemand mehr übersehen könne.

Dr. Hecker kündigte gewisse Sparmaßnahmen an, die für alle Werke der Ruhrstahl verbindlich sein dürften. Dabei werde man auch nicht um eine gewisse Verringerung der in den letzten beiden Jahren – in Umkehrung zu den abnehmenden Erlösen – zugenommenen Angestelltenschaft herkommen. Indes, Kündigungen in Form eines Erdbebens seien nicht zu erwarten. Auch würde in jedem einzelnen Fall neben der sachlichen auch die soziale Seite geprüft werden.

Die vorgesehenen Maßnahmen, die dem Gebot der Sparsamkeit Nachdruck verleihen sollen – dazu gehören auch Telefonkostenkontrollen, schärfere Spesenbestimmungen, Arbeitsvereinfachungen, Abbau von Überstunden auch bei Angestellten usw. –, sollen keineswegs zu Radikalmaßnahmen führen; sie würden sich vielmehr in einem maßvollen, aber wirksamen Rahmen abspielen.

Schließlich meinte Dr. Hecker beruhigend – und das war vor allem an die etwas aufgeschreckten Mitarbeiter der Verwaltung gerichtet: „Wer bisher anständig, umsichtig, fleißig und treu seine Arbeit erfüllt hat, braucht sich keine Sorgen zu machen.“ Immerhin, die Mitarbeiter der Verwaltung hatten aus erster Hand gehört, was die Stunde geschlagen hat – und die Mitarbeiter der Werke tun gut daran, dies nicht zu überhören: Das Gebot der Stunde heißt unmißverständlich: Sparsamkeit zuerst!

Heiko Philipp

Für den biedereren Schmiedemeister – um in der Branche zu bleiben –, bei dem einst Jung-Siegfried sein Schwert „Balmung“ schmiedete, wäre die Überschrift dieses Artikels einfach unverständlich gewesen. In seiner Werkstatt gab es nur Leute, die arbeiteten: der Meister arbeitete, die Gesellen arbeiteten und auch die Lehrlinge arbeiteten – für ein Lehrgeld, das der Lehrling zahlen mußte, versteht sich. Die Mit-Arbeiter seiner Werkstatt konnte der Meister ganz einfach in zwei Kategorien einteilen, in die tüchtigen, die mehr und bessere Schwerter, eiserne Kochtöpfe oder was immer man damals angefertigt haben mag, produzierten, und die weniger tüchtigen, die eben weniger Produkte herstellen konnten. Hätte man versucht, jedem Schmiedemeister die Begriffe „produktiv – unproduktiv“ nahezubringen, dann hätte sein Verständnis vielleicht soweit gereicht, daß er unter produktiven Arbeitern tüchtige und unter unproduktiven den Rest der weniger tüchtigen verstanden hätte. So einfach war es damals.

Heute macht man es sich künstlich einfach, wenn man z. B. global zwischen „produktiven“ und „unproduktiven“ Betrieben unterscheidet, wobei als produktive Betriebe jene bezeichnet werden, die Produkte herstellen, die später verkauft werden und zu Buche schlagen, und als „unproduktiv“ alle jene Betriebe gelten, die „kein Geld bringen“.

„Produktiv – unproduktiv“ ist dadurch leider vielfach zu einer Rangordnung geworden. Der „produktive“ Betrieb wird als wichtiger erachtet und rangiert in der Erfüllung seiner Wünsche daher stets einige Nasenlängen vor den „unproduktiven“ Betrieben. Aber auch im Bewußtsein der Mitarbeiter hat diese feine Unterscheidung ihren Niederschlag gefunden.

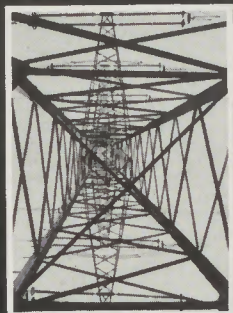
Auf einer Brackweder Betriebsversammlung sprach einmal ein „Unproduktiver“, um Verständnis heischend, zu den „Produktiven“, und – obwohl er keinesfalls einen bierernsten Ton anschlug – hatte man doch den Eindruck, als fühlte sich der Redner ein wenig als Mitarbeiter zweiter Klasse.

Nun ist die Sicht jenes Brackweder Mitarbeiters sicherlich genauso übertrieben, wie der Kern Wahrheit, den sie enthält, nicht ganz in Ordnung ist: In einer hochentwickelten Industrie läßt sich die simple Unterscheidung „hie produktiv – hie unproduktiv“ vielfach nicht mehr durchhalten. Je komplizierter eine Produktionsanlage wird, um so größer wird auch die Anzahl der unentbehrlichen Mitarbeiter, die nicht im eigentlichen Sinn „in der Produktion“ arbeiten. Ein Elektriker oder Schlosser im Walzwerk etwa würde im „klassischen“ Sinn als „unproduktiv“ gelten. Aber ohne sie würden die „Produktiven“ in ganz kurzer Zeit auch nichts mehr produzieren können. Und betrachtet man die industrielle Entwicklung unter diesem Aspekt, dann läßt sich z. B. in der chemischen Industrie der Tag absehen, wo die Menschen allesamt „unproduktiv“ geworden sind und nur noch Maschinen „produktiv“ sind. Spätestens an diesem Tag wird auch der Streit zwischen „Produktiven“ und „Unproduktiven“ beendet sein.

Im übrigen ist die Situation nicht anders, als wenn sich der Ernährer einer Familie auf den Standpunkt stellt, seine Frau sei unproduktiv, weil sie kein Geld verdiene, sondern ganz im Gegenteil nur Geld ausbebe, das der Familienvater verdiene.

Vielleicht sollte man sich überlegen, ob nicht die Bedeutung der Worte „produktiv“ und „unproduktiv“ einer neuen Definition bedarf, und vielleicht sollte man dabei auch an den alten Schmiedemeister vom Anfang der Geschichte denken: Man sollte die persönliche Leistung zum Maßstab des „Produktiven“ machen. Und diese persönliche Leistung ist in „produktiven“ wie in „unproduktiven“ Betrieben wohl im gleichen Maße vorhanden, wie ja auch „Parkinsons-Gesetz“ „produktive“ und „unproduktive“ Betriebe gleichermaßen bedroht.

H. Ahlborn



Wahrscheinlich macht sich kaum jemand eine Vorstellung davon, was geschehen würde, wäre die Henrichshütte plötzlich ohne elektrischen Strom. Die Abteilung, die sich Tag und Nacht darum bemüht, diese Vorstellung nicht Wirklichkeit werden zu lassen, sind die Elektrobetriebe. Über ihre Funktionen wie über ihre Bedeutung berichten wir auf den Seiten 4–9.



Auch auf der 17. Industriemesse in Hannover war Ruhrstahl mit einem repräsentativen Querschnitt aus dem Erzeugungsprogramm auf dem Ausstellungsgelände der Rheinischen Stahlwerke vertreten. Rheinstahl-Gen.-Dir. Söhnngen (Foto) informierte sich am Messe-Eröffnungstag über die Exponate von 17 auf der Messe vertretenen Rheinstahl-Unternehmen (Messebericht s. S. 16/17).



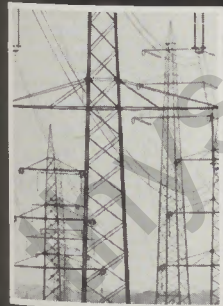
Im März und April wählten die rd. 15 000 Mitarbeiter der Ruhrstahl AG die Betriebsräte für 1963/65. Auf den Seiten 18/19 berichten wir in Wort und Bild über dieses alle zwei Jahre vom 1952 erlassenen Betriebsverfassungsgesetz vorgeschriebene Ereignis. Die Wahlbeteiligung war erfreulich hoch; besonders zu Schichtwechselzeiten hatten Wahlvorstand und Wahlhelfer Hochbetrieb.

Titelfoto

Straßen der Energie

Der technische Fortschritt in unserem Jahrhundert ist ohne den elektrischen Strom nicht denkbar. Die rasche Industrialisierung führte zu einem sprunghaften Anstieg des Energiebedarfs in den letzten Jahrzehnten, dessen Befriedigung ein immer dichter werdendes Energieversorgungsnetz bedingte. So sind für uns die grafisch strengen Silhouetten der stählernen Überlandleitungen, die über weite Entfernungen hinweg Strom vom Erzeuger zum Verbraucher liefern, zu Symbolen unserer von der Technik geprägten Zeit geworden. Daß man diesen Stahlgerüsten auch fotografische Reize abgewinnen kann, zeigt unser Titelfoto.

Foto: H. Ahlborn



Inhalt

Seite 2
Redaktionskommentar:
Sparsamkeit –
das Gebot der Stunde

Seite 3
Thema: Produktiv – unproduktiv

Seite 4–9
Strom für die Hütte

Seite 10
Sicherheit für Fußgänger

Seite 11
Atomstrom auch für uns

Seite 12/13
Begegnung mit Berlin

Seite 14
„Sehr geehrter Herr Ulbricht!“

Seite 15
Werkspost jetzt motorisiert

Seite 16/17
Hannover-Messe 1963

Seite 18/19
Betriebsratswahlen 1963

Seite 20/21
Verkehr: Der Kraftfahrer
und das Gesetz
Werksarzt: Die Akinetose

Seite 22
„Teenager“ und „Twens“, Rummel
oder Problem?

Beilage zu diesem Heft:
Die kleine Ruhrstahl-Zeitung

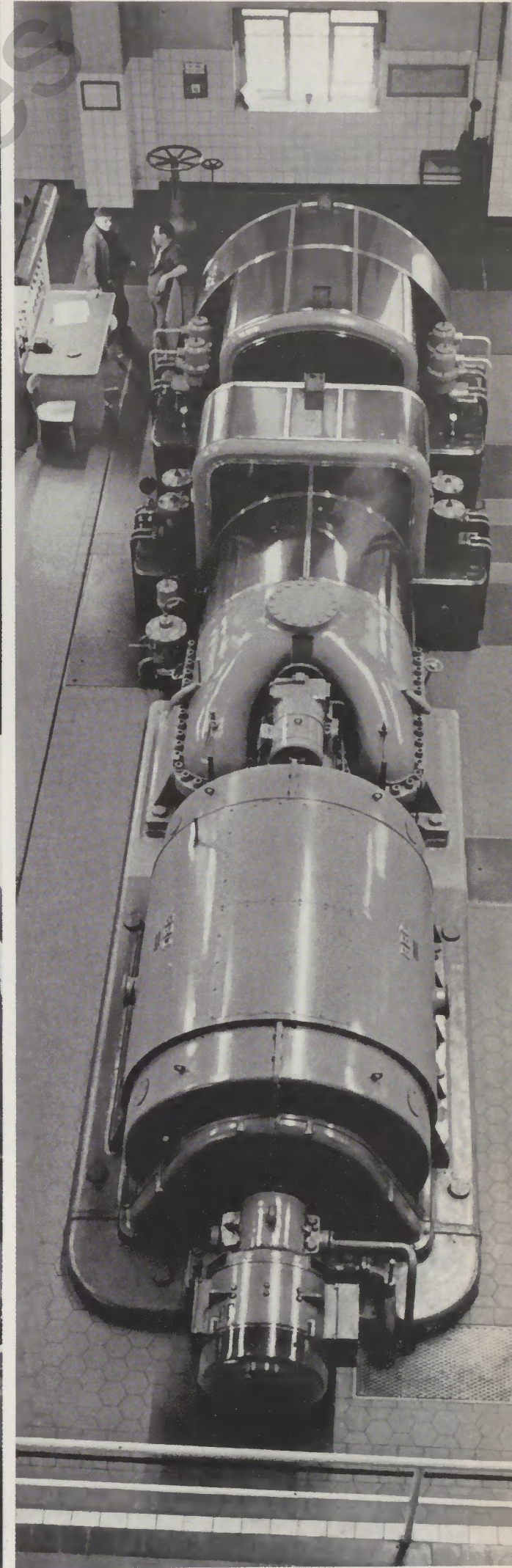
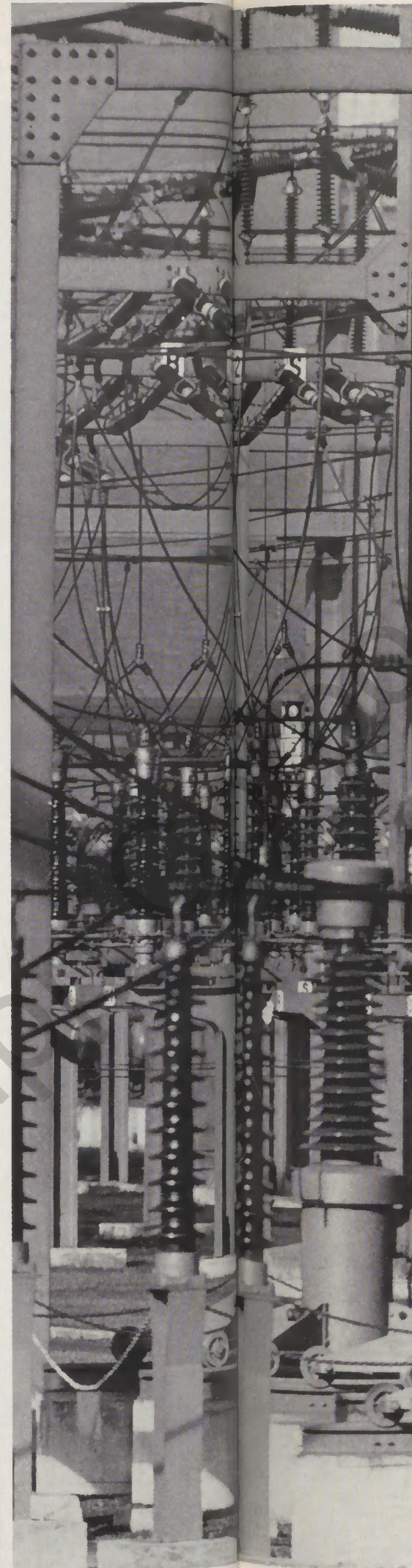
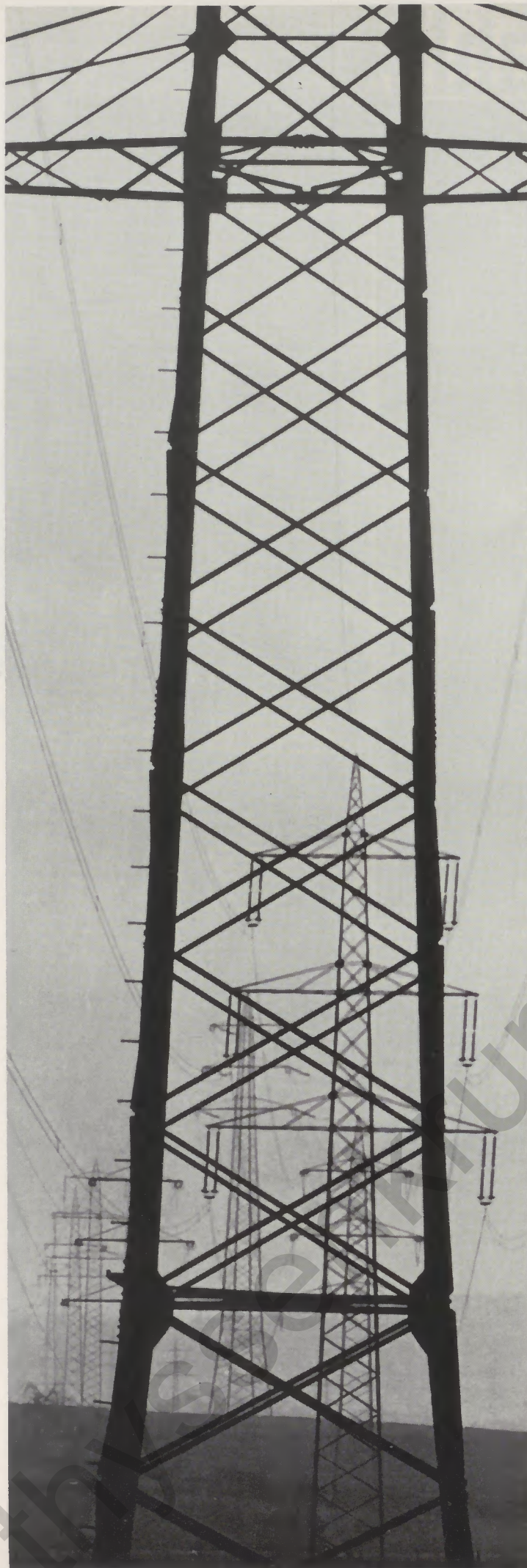
Strom für die Hütte

Über die Industrie als technisches und soziologisches Phänomen werden nur zu leicht die Voraussetzungen übersehen, durch die die gesamte industrielle Entwicklung unseres Jahrhunderts ermöglicht wurde. Deshalb wollen wir – in Zusammenarbeit mit dem Chef des Dampfkraftwerks und der Elektrobetriebe, Dr.-Ing. Martin – hier näher über die elektrische Energieversorgung der Hütte berichten. Ein Artikel in einer späteren Ausgabe wird sich mit dem Wärmehaushalt befassen.

Zwei Erfindungen waren die Voraussetzung für die Entwicklungsmöglichkeit der Industrie und unserer Zivilisation: Die Erfindung der Dampfmaschine durch James Watt (1765) und die Erfindung der elektrodynamischen Maschine durch Werner von Siemens (1866), die auf der Entdeckung von Michael Faraday (1822) beruhte, daß ein Magnet einen stromdurchflossenen Draht in Bewegung versetzen kann. Durch Watts Erfindung der Dampfmaschine wurde das Problem gelöst, Wärme in Bewegung umzusetzen. Mit der Erfindung von Werner von Siemens begann die Bewältigung des Problems, wie Energien in wirtschaftlich nutzbaren Größenordnungen umgewandelt und transportiert werden können, Probleme, ohne deren Lösung die hohe Entwicklung der Industrie von heute undenkbar wäre.

In jedem Augenblick werden auf der Henrichshütte Maschinen eingeschaltet, kleine, große, von der Handbohrmaschine bis zu den Riesen, die die Walzen der Quarto-Straße antreiben. Ein Druck auf den Knopf, eine Hebelbewegung, und die Maschine läuft. Man hat sich daran gewöhnt, es ist selbstverständlich geworden, daß eine Maschine läuft, wenn man den

Der elektrische Energiebedarf der Hütte wird durch Fremdstrom und Eigenerzeugung gedeckt. Der Fremdstrom fließt in Überlandleitungen (linkes Bild) über Umspannstationen (2. Bild von links) zur Hütte. Wichtigster Energielieferant für die Eigenerzeugung im Dampfkraftwerk (Bild außen) ist der Hochofenbetrieb ▶



Schalter auf „Ein“ legt. Man denkt auch nur selten darüber nach, was alles dazu gehört, damit immer Strom da ist, Strom für die großen und vielen tausend kleinen Motoren. Aber nicht ihre Zahl, sondern ihre gleichzeitig abgenommene Leistung interessiert die Abteilung Stromwirtschaft. Der Verantwortliche hierfür, Dr.-Ing. Martin, kann genau sagen, was diese Maschinen an Strom verbrauchen: pro Werktag etwa 1 Mill. Kilowattstunden oder 300 Mill. kWh im Jahr. Das ist eine Zahl, die so hoch ist, daß man sie nur durch einen Vergleich begreifen kann. Ein vollelektrischer Haushalt, in dem elektrisch gekocht, Warmwasser elektrisch bereitet und auch sonst mit Strom nicht gespart wird, verbraucht in einem Monat nicht mehr als 250 kWh. Der Monatsverbrauch der Henrichshütte entspricht dem Verbrauch von rund 100 000 Haushalten, oder, um einen anderen Vergleich zu gebrauchen, die Henrichshütte mit ihren mehr als 10 000 Mitarbeitern verbraucht

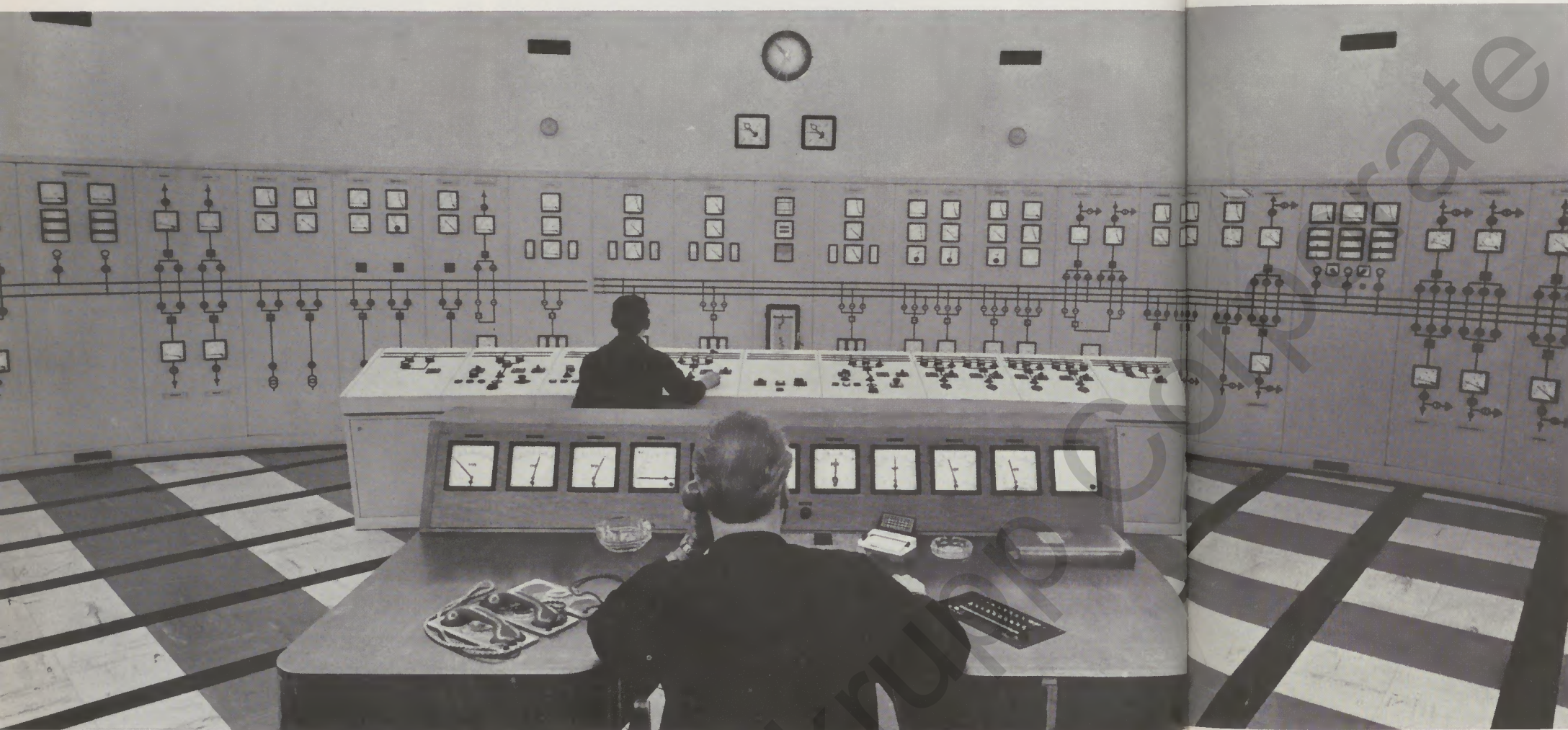
geschichte, Industriegeschichte und reine Historie. Von 1918 bis 1922 bleibt der Charakter der Kurve ziemlich konstant bei einem Jahresvolumen von etwa 25–30 Mill. kWh. Der Beginn der Inflation Anfang 1923 spiegelt sich in einem tiefen Einbruch der Verbrauchskurve mit einem Minimum von 0,5 Mill. kWh pro Monat von Februar bis Dezember, was einem Jahresverbrauch von etwa 6 Mill. kWh entspricht. Nach der Einführung der Rentenmark im Dezember 1923 und dem Ende der Inflation steigt auch die Stromverbrauchskurve im Januar 1924 wieder kräftig an, bis sie im Jahre 1928 40 Mill. kWh erreicht. Der Streik im November 1928 läßt die Kurve fast zum Nullpunkt stürzen. Den nächsten größeren Einbruch verursacht die Wirtschaftskrise, die 1929 in den Vereinigten Staaten begann und 1931 mit ihrer ganzen Wucht Europa traf. Ihr Höhepunkt drückt sich in der Verbrauchskurve durch einen Tiefpunkt von 15 Mill. kWh pro Jahr aus. Nach dem

von etwa 300 Mill. kWh hinführt. Woher rührt dieser Anstieg des Stromverbrauches um mehr als das Zehnfache in den letzten 40 Jahren, und woher kommt dieser Strom?

Was ist Strom? Diese Frage läßt sich so gestellt ohnehin nicht beantworten. Eine Erklärung des Phänomens Strom wäre kompliziert und langwierig. Deshalb soll hier Strom nur unter einem technischen Gesichtswinkel betrachtet werden: Strom ist eine der faszinierendsten Formen von Energie. Er läßt sich leicht über weite Strecken transportieren, er läßt sich ohne Schwierigkeiten in kleine und große Portionen teilen, die dann kleine und große Maschinen antreiben. Strom läßt sich in seinen Eigenschaften unglaublich verändern. Man kann bei niedriger Spannung und hohen Stromstärken Metalle zum Schmelzen bringen – beim elektrischen Schweißen zum Beispiel – und man

Grobblechstraße schaffen das von der elektrischen Seite her noch wesentlich schneller, wenn nicht walztechnische und mechanische Probleme im Wege ständen.

Allen diesen Vorteilen der elektrischen Energie steht nur ein einziger Nachteil entgegen: Strom läßt sich in größerem Umfang nicht speichern. Alle Energie muß in dem Augenblick erzeugt werden, in dem sie benötigt wird. Theoretisch müßte selbst der Strom für eine kleine elektrische Maschine, die zusätzlich an ein Netz geschaltet wird, mehr erzeugt werden. Daß dies praktisch nicht so ist, liegt daran, daß bei den unvorstellbar vielen gleichzeitigen Ein- und Ausschaltvorgängen in einem großen Netz ein Ausgleich eintritt. Zum anderen ist ein großes Netz so elastisch, daß es auch beträchtliche Mehrbelastungen aufnehmen kann, ohne daß sich mehr als ein kurzes Flackern z. B. im Fernsehgerät bemerkbar macht. Prinzipiell jedoch muß alle Leistung, die abgenommen



Zentrale Schaltwarte: Hier wird die Abnahme von Fremd- und Eigenstrom aller Energieverbraucher der Hütte optimal gesteuert

etwa die gleiche Menge Strom wie ganz Bochum mit über 360 000 Einwohnern, mit Haushalten, Geschäften, kleiner und mittlerer Industrie. Allein der Stromverbrauch einer Schmelze im großen Elektroofen würde ausreichen, um die vorweihnachtliche Festbeleuchtung der „Lichter“-Stadt Essen acht Tage lang brennen zu lassen.

Gegenüber dem Schreibtisch von Dr.-Ing. Martin hängt ein großes Schaubild, bei flüchtigem Betrachten eine Kurve, wie man sie häufiger in technischen Büros antrifft. Sie beginnt in der linken unteren Ecke des Schaubildes und steigt, wenn auch mitunter von steilen Spitzen und tiefen Abgründen unterbrochen, mit wachsender Steilheit nach rechts an: die Stromverbrauchskurve der Henrichshütte.

Unter den Erklärungen von Dr.-Ing. Martin wird aus dieser Kurve Geschichte, Wirtschafts-

Ende der Wirtschaftskrise Anfang 1933, das mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten zusammenfiel, macht sich eine allgemeine Erholung und ein normaler Anstieg der Kurve auf 60 Mill. kWh pro Jahr bemerkbar. Bei Kriegsausbruch 1939 geht der Stromverbrauch dann sprunghaft nach oben und erreicht – es ist kaum glaubhaft für jemanden, der diese Zeit und die Verheerungen der Bombenangriffe kennt – ihren Kriegshöhepunkt im Dezember 1944. Mit dem Zusammenbruch stürzt auch die Stromverbrauchskurve auf den absoluten Nullpunkt und steigt dann, zwar fieberkurvenähnlich, bis 1951 wieder der Vorkriegsstand erreicht wird. Die Zustellung des neuen großen Elektroofens 1958 läßt sich an dieser Kurve genauso ablesen wie die Flaute in der Produktion gegen Ende desselben Jahres. Von 1959 ab setzt dann eine gleichbleibende Tendenz ein, die bei einem normalen Zuwachs von 2,5 kWh pro Jahr auf einen Jahresverbrauch

kann den gleichen Strom zu so hoher Spannung und Frequenz transformieren, daß die Funken z. B. auf der Oberfläche der Haut entlanglaufen und kaum Wärmegefühl hinterlassen. Noch verblüffender ist das Ausmaß, in dem sich Strom steuern und regeln läßt.

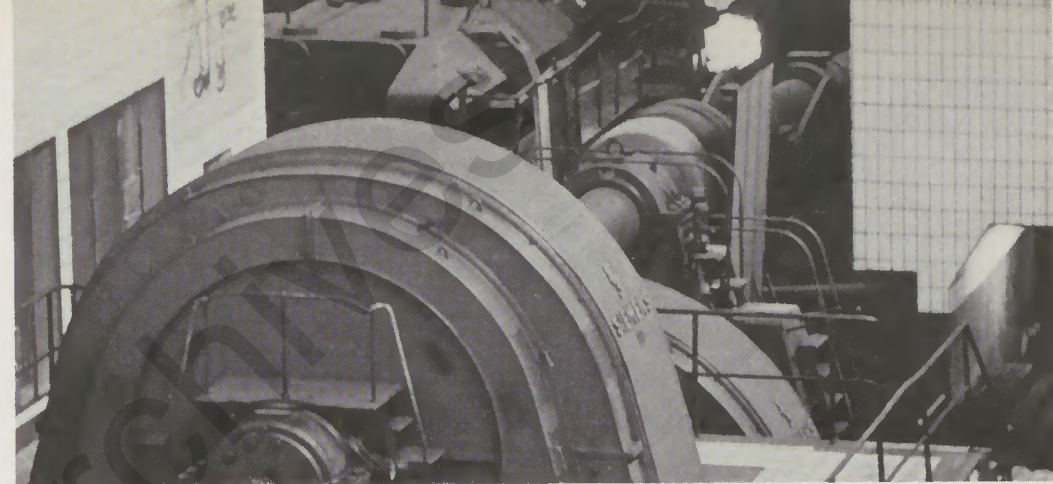
Die Energie eines Steuerimpulses etwa kann so klein sein, daß es bei dieser Leistung einige tausend Jahre dauern würde, bis ein Fingerhut voll Wasser zum Verdampfen gebracht wäre. Dagegen kann man mit dieser unvorstellbar kleinen Energie die Walzenzugmotoren unseres Grobblechwalzwerkes steuern, deren Leistung bei schweren Stichen der von 1000 Volkswagen entspricht, die vollbesetzt mit 100 km/h über die Autobahn jagen. Völlig unvorstellbar ist es, daß man diese Mammut-Antriebe mit einschließlich der Walzen 800 Tonnen (Mp) Masse innerhalb von 1,8 Sekunden zum Stillstand und auf die gleiche Geschwindigkeit in Gegenrichtung bringen kann. Die Walzenzugmotoren der

Strom erzeugt Magnetfelder: Magnetkran ▶

wird, im gleichen Augenblick erzeugt werden, und dieses Prinzip diktiert die gesamte Struktur des elektrischen Energiehaushaltes.

Bei den riesenhaften Größenordnungen, in denen die Industrie Energie verbraucht, kommt es auf höchste Zweckmäßigkeit an, darauf, daß alle freiwerdende Energie genutzt wird. Der elektrische Energiehaushalt ist nur ein Teil dieser Energieverbundwirtschaft, wenn sich auch die Bedeutung des Stroms ständig vergrößert, nicht nur, weil Dampf durch Strom ersetzt wird, sondern auch, weil elektrische Maschinen immer mehr den Handbetrieb verdrängen. Ein Vergleich soll diese Vergrößerung des Stromanteils am gesamten Energiebedarf verdeutlichen: Während in den letzten Jahren die Stahlerzeugung verdoppelt wurde, hat sich der Stromverbrauch vervierfacht. Woher kommt nun dieser Strom?

Die eine Hälfte wird selbst erzeugt, zum großen Teil aus „Abfallenergie“, die bei den Ver-



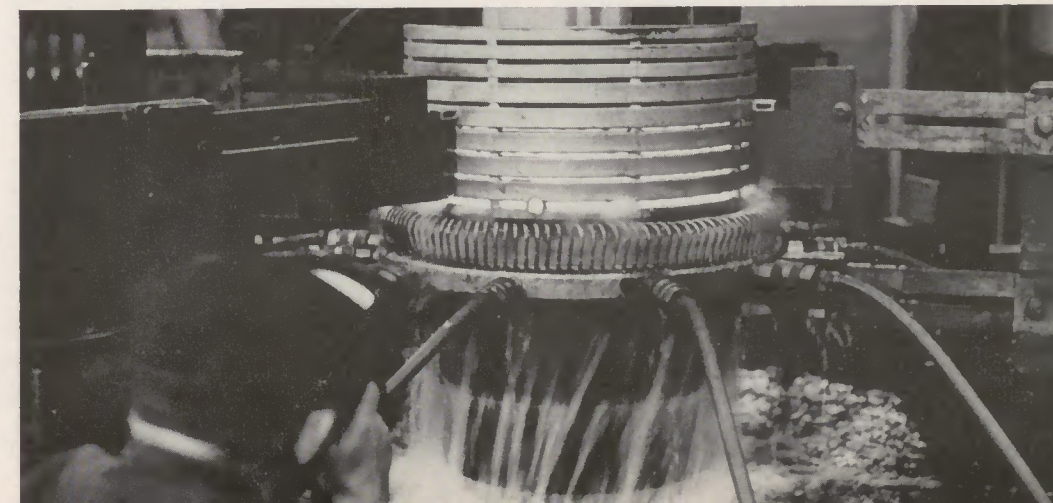
▲ **Strom treibt Motoren an:** Walzenmotoren im Grobblechwalzwerk



▲ **Strom bildet Lichtbögen:** Stahlbad im Elektro-Ofen



▼ **Strom induziert Wärme:** Induktionshärtung einer Walze





Strom erleichtert Arbeit: Regeln und Steuern im Walzwerk

hüttungsprozessen frei wird, aus Abhitze der SM-Ofen und Gichtgas, soweit es nicht für Winderhitzung und Gaskolbengebläse (etwa 30%) benutzt wird oder in Anwär-, Glüh- und Vergüteöfen des Werkes (50%) Verwendung findet. Dieser Eigenstrom hat für die Henrichshütte eine Reihe bedeutender Vorteile. Da ist einmal ein technischer Grund: Sicherheit. Es gibt z. B. in der Elektrotechnik den Begriff der gefürchteten „Wanderwellen“, die durch ein Vergleichsbild anschaulich werden: Legt man quer durch einen Bach mit starker Strömung ein Brett, so staut sich das Wasser und der Wasserspiegel steigt. Es wandert eine hohe Welle stromaufwärts und überall, wo das Ufer niedrig ist, gibt es Überschwemmungen. Wenn Wanderwellen in einem elektrischen Netz auftreten, kann es Spannungen bis zum Doppelten der Netzspannung geben, die an schwächeren Stellen beträchtliche Schäden anrichten können, bis es u. U. zu einem allgemeinen Netzzusammenbruch kommt. Die Folgen eines plötzlichen Stromausfalls auf der Hütte sind fast unvorstellbar. Man denke nur daran, daß augenblicklich die gesamte Kühlwasserversorgung unterbrochen würde, die Kräne mit angehängten Lasten, zum Teil flüssigem Eisen oder Stahl, nicht mehr operationsfähig sein würden.

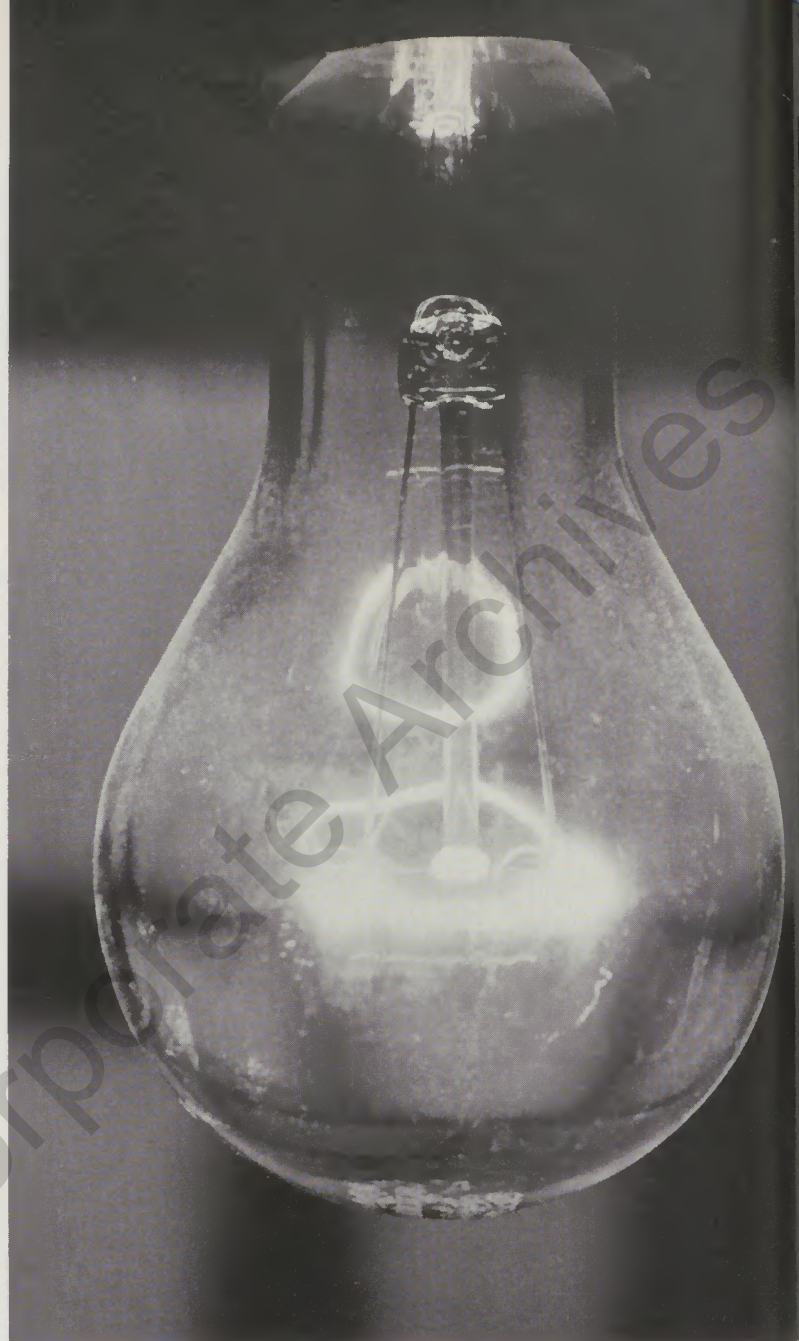
In der Stromverteilung der Henrichshütte gibt es deshalb eine „Notschiene“, auf der nach Dringlichkeit gestuft die wichtigsten Stromabnehmer der Henrichshütte liegen. Diese

Schiene schaltet sich automatisch immer dem zu, der gerade Strom erzeugt, entweder der Eigenerzeugung oder dem Fremdbezug, so daß die Versorgung der lebenswichtigen Anlage mit Strom immer gesichert ist. Durch neuere technische Maßnahmen wurde erreicht, daß ein gleichzeitiger Zusammenbruch der Fremdstrom- als auch der Eigenstromerzeugung äußerst unwahrscheinlich ist.

Der zweite Vorteil des Eigenstroms liegt in seinem günstigen Preis. Daß Strom aus „Abfallenergie“, die sonst ungenutzt bliebe, billiger sein muß als Strom aus preislich „vollwertiger“ Energie, ist einleuchtend. Der Eigenstrom der Henrichshütte ist aber selbst dann noch um 15% billiger als der Fremdstrom, wenn man die Abfallenergie zum Preis der zugekauften Brennstoffe einsetzt. Wenn man sich dazu vergegenwärtigt, daß der Dampf, der die Turbogeneratoren treibt, danach noch als Heizdampf für unser Fernheizwerk dient oder die Dampfhammer im Hammerwerk antreibt, liegt die Frage nahe, warum die Hütte angesichts dieser Kostenvorteile nicht ihren gesamten Strom selbst erzeugt. Doch auch dafür gibt es, wie wir später sehen werden, einleuchtende Gründe.

*

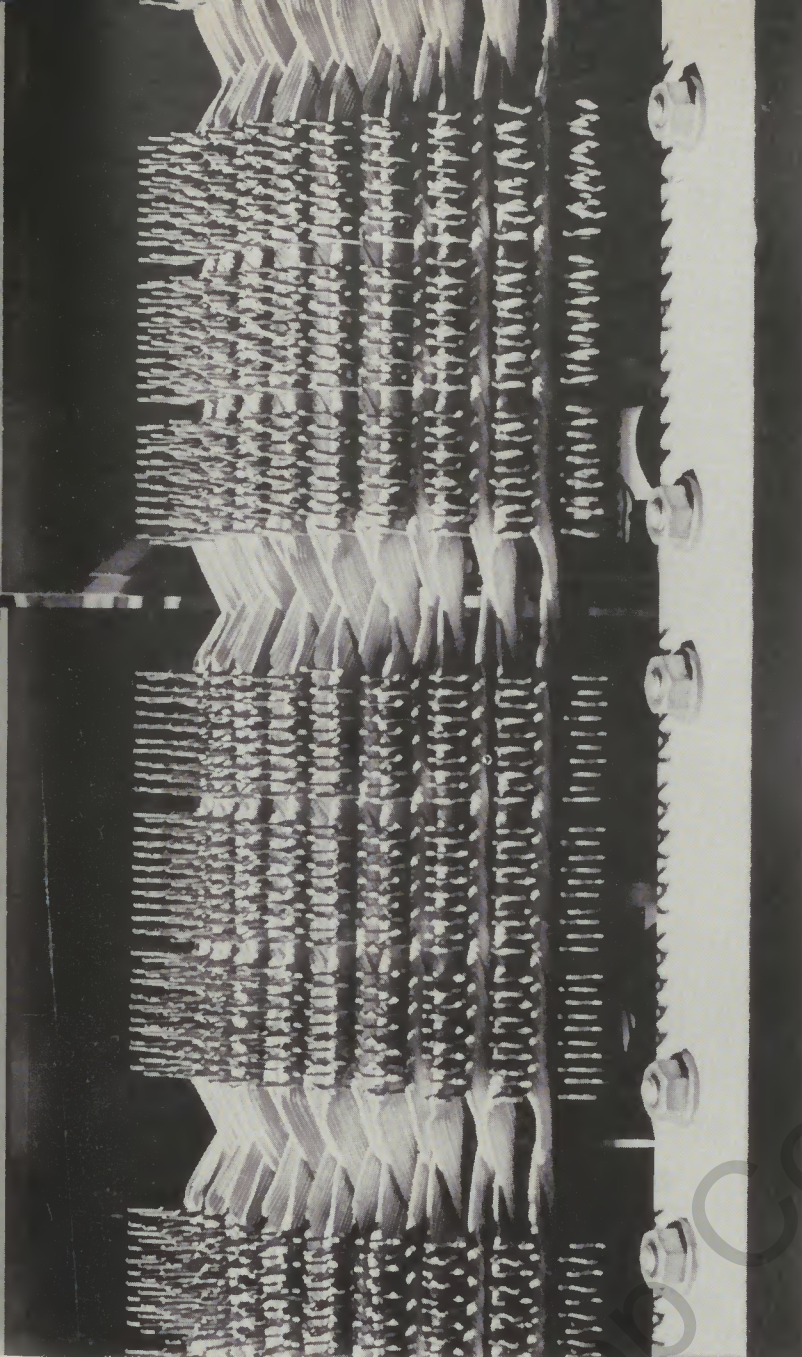
In der Zentralschaltwarte der Abteilung Stromwirtschaft (vgl. WZ 10/61), von der aus die Lenkung des gesamten Stromverbrauchs der Hütte erfolgt, ist die Zeit in Viertelstunden auf-



Strom schafft Licht: Lampen erhellen Arbeitsplätze

geteilt. Das hat seinen Grund in der Eigenart der Berechnung des Fremdstromes, und das ist fast eine Wissenschaft für sich. Grundlage dieser Berechnungsart bildet eine Kombination aus bereitgestellter Leistung und abgenommener Arbeit. Neben der tatsächlich abgenommenen Arbeit muß also die Hütte an die VEW auch dafür bezahlen, daß für Starklastzeiten eine Reservekapazität bereitstehen muß. Diese Reservekapazität muß nach der höchsten abgenommenen Spitze innerhalb eines Vierteljahres bezahlt werden, eine Folge der unangenehmen Eigenschaft des Stromes, daß er sich nicht speichern läßt. Nach dieser Berechnungsart steht für jede Viertelstunde eine gleiche maximale Strommenge zur Verfügung. Wird eine höhere Leistung beansprucht, so muß sie für das ganze Vierteljahr bezahlt werden.

Die schwarzen Zeiger der beiden Maximumwächter im Gesichtsfeld der Schaltwarte ticken die Viertelstunden gleichmäßig herunter. Hinter dem schwarzen Zeiger her läuft ein roter, der die Fremdstromentnahme im Laufe dieser Viertelstunde anzeigt. Solange er hinter dem schwarzen Zeiger zurückbleibt, wird nicht mehr Strom entnommen, als der augenblicklichen Bemessungsgrundlage entspricht. Erreicht der rote Leistungszeiger die Viertelstundenmarke vor dem schwarzen Zeitzeiger, dann wird für das nächste Vierteljahr von den Vereinigten Elektrizitätswerken ein höherer Leistungspreis festgesetzt. Am Ende jeder Viertelstunde springen beide Zeiger wieder auf Null, beginnen



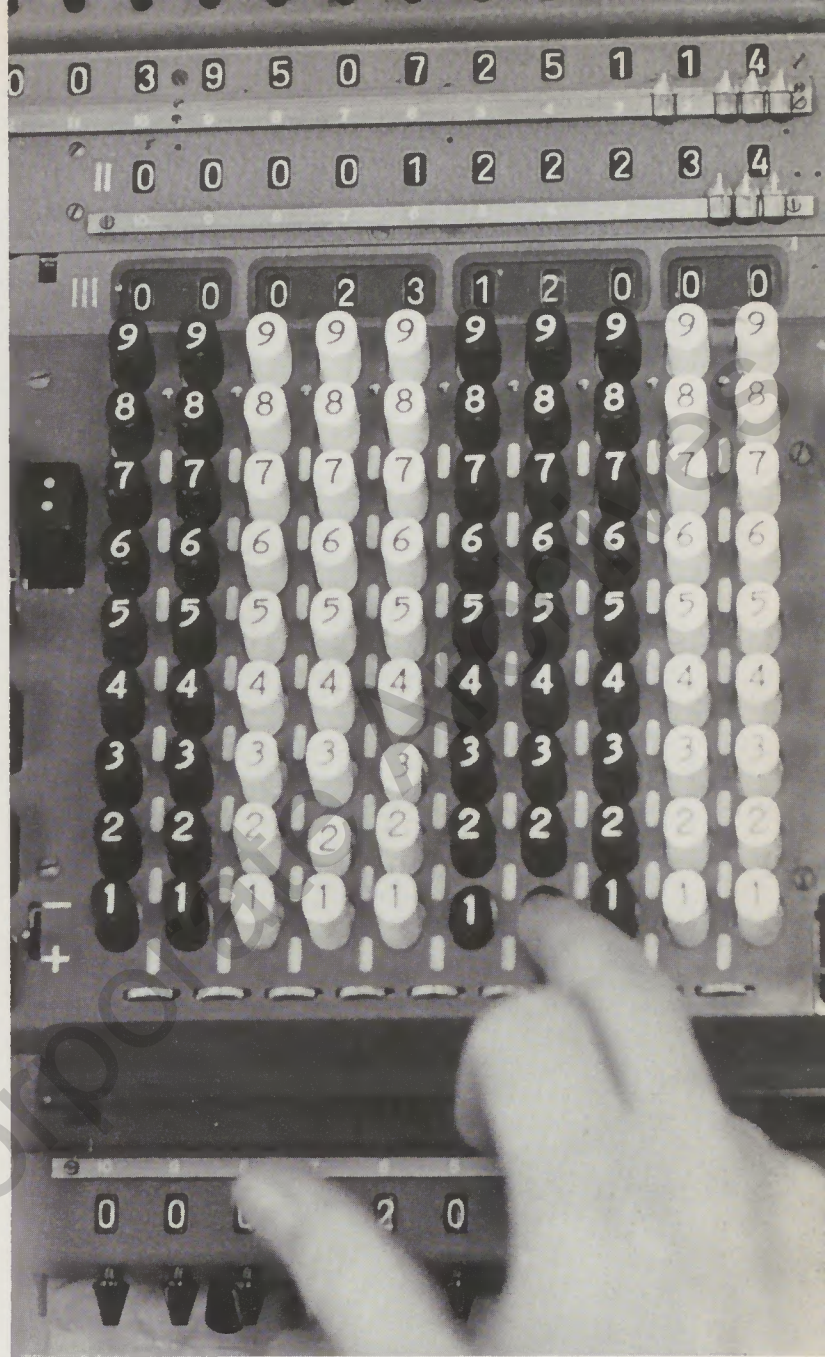
Strom vermittelt Kommunikation: Telefon-Wählerrelais

wieder zu wandern, und plötzlich sieht der Schaltwart, daß der rote Zeiger sein Tempo vergrößert und beginnt, den schwarzen Zeiger einzuholen. Ein Zeichen dafür, daß sich mehrere große Verbraucher – vielleicht das große Saugzuggebläse der Sinteranlage mit fast 2500 PS und die Pumpen der 6000-t-Pressen mit ihren über 5000 PS – zugeschaltet haben. Wenn dazu noch die Eigenerzeugung voll ausgelastet ist, greift der Schaltwart zu seinem „roten“ Telefon und gibt eine Vorwarnung an den größten Stromabnehmer der Hütte, den 80-t-Elektroofen: „Ihr müßt wahrscheinlich gleich in der Leistung zurückgehen.“ Dann beobachtet er weiter seinen Maximumwächter. Die „anderen“ großen Verbraucher haben sich noch immer nicht ausgeschaltet, und es wird kritisch, weil der rote Zeiger vor dem schwarzen her auf die Viertelstunden-Maximummarke zustrebt. Der Schaltwart greift wieder zu seinem Telefon: „Der E-Ofen muß jetzt für einige Minuten herausgenommen werden.“ Der rote Zeiger fällt zurück, und gerade noch vor der Viertelstundenmarke überholt der schwarze Zeiger den roten. Dann beginnt das Spiel wieder von neuem. Ein ernstes „Spiel“ mit hohem Einsatz an Geld.

Warum erzeugt man nicht angesichts dieser Kompliziertheit allen Strom selbst? Dafür gibt es wichtige Gründe, von denen wir nur einige aufzählen können. Zunächst die Sicherheit: Nur zwei völlig voneinander unabhängige Erzeuger

bieten ausreichende Gewähr dafür, daß die Verbraucher an der Notschiene genügend zuverlässig mit Strom versorgt werden. Weiterhin bildet ein „großes Netz“, wie es durch eine Gesellschaft mit ihren vielen Abnehmern aufgebaut wird, ein Energiereservoir, das sehr starke Laststöße verkraften kann. Schließlich enthebt der Bezug von Fremdstrom uns der Überlegungen, wie der Bedarfszuwachs von jährlich 2,5 Mill. kWh befriedigt werden kann. Wirtschaftlich arbeitende Stromerzeugungsanlagen lassen sich nur in größeren Einheiten errichten, so daß in den Jahren zwischen der Zustellung einer neuen Anlage entweder ein Überbedarf oder eine Überkapazität bestünde. Diese Schwierigkeiten würden bei einem Stromverbund innerhalb des Rheinstahl-Konzerns ihre Bedeutung verlieren.

Elektrischer Strom ermöglichte die industrielle Entwicklung unseres Jahrhunderts. Was für einen entscheidenden Fortschritt die Elektrifizierung bedeutete, wird schon klar, wenn man sich allein das alte System des Maschinenantriebs über Transmissionen vergegenwärtigt, ganz zu schweigen von der Verwendung des Stroms zum Steuern und Regeln der verschiedensten Vorgänge. Ohne elektrische Energie wäre jede, selbst die bescheidenste Form von Automation undenkbar. Und wenn auch der Automation in einem Hüttenwerk noch enge Grenzen gesteckt sind, so machen sich doch



Strom spart Zeit: elektrische Rechenmaschine

einige typische Züge bemerkbar. Sank bisher bei den Elektrobetrieben der Einsatz von Arbeitsstunden je 1000 kWh ständig – auf 3,8 Std. je 1000 kWh im Jahre 1962 gegenüber noch 5,5 Std. je 1000 kWh im Jahre 1957 –, so bringt die weitere Entwicklung wieder eine Erhöhung dieses spezifischen Wertes. Das hat seinen Grund in der Eigenart der Automatisierung: Sie soll die Produktionskosten je Tonne Erzeugung entweder durch Erhöhung der Produktion oder durch Senkung der produktiven Lohnkosten erniedrigen. Gleichzeitig steigt jedoch die Arbeit der sog. unproduktiven Betriebe immer mehr, wenn auch in wesentlich geringerem Maße. Das Verhältnis von „unproduktiven“ zu „produktiven“ Kräften wird sich also zu Lasten des „unproduktiven“ Anteils verschieben. So würde eine vollautomatisierte Anlage theoretisch nur noch „unproduktive“ Arbeitskräfte haben. Außerdem bringt die fortschreitende Automatisierung – so unlogisch das auf den ersten Blick erscheint – eine Verringerung des spezifischen Stromverbrauchs gegenüber einem Handbetrieb mit sich, weil eine Maschine in Reaktionsschnelligkeit und Gleichmäßigkeit der Arbeit einem Menschen überlegen ist.

Wenn auch die Zeit des steilen Stromanstiegs vorüber ist und in Zukunft der Stromverbrauch nur noch bei Produktionserweiterungen steigen wird, die Bedeutung der stromwirtschaftlichen Abteilungen in der Industrie wird weiterhin zunehmen.



Henrichshütte

Sicherheit für Fußgänger

Die verkehrsreiche
Brucher Straße
wurde untertunnelt

Kreisende Bremsen, vor heranbrausenden Fahrzeugen gerade noch rechtzeitig zurückspringende Hüttenmänner waren bis vor gut einem halben Jahr auf der Brucher Straße in Höhe des Haupttores bei Schichtwechsel alltäglich. Mehrfach mußte der Unfallwagen alarmiert werden. Der starke Durchgangsverkehr auf der Brucher Straße und der in ihr einmündende Schichtwechsel-Verkehr – gestaltete die Überquerung dieser Straße für die zahlreichen von und zur Hütte strömenden Fußgänger zu einem mitunter lebensgefährlichen Unterfangen. Nach dem Motto „Noch mehr Sicherheit“ entschied man sich deshalb – im Rahmen des Neubaus des Werksausgangs – zum Bau eines Fußgängertunnels, der die von den Parkplätzen, vom Büchenschütz und aus Richtung Haidchen kommenden Hüttenleute unter der Straße hindurch gefahrlos entweder zum neuen Haupttor im Belegschaftstrakt oder in den Haupteingang der neuen Werksverwaltung schleusen soll.

Am 6. Oktober 1962 begannen die Bauarbeiten – zunächst mit der Verlegung einiger Entwässerungsstränge. Doch schon bald fraßen sich Preßluftbohrer, Spitzhacke und Baggerschaufeln in die Asphaltdecke der Brucher Straße, die nur zur einen Hälfte – um den Durchgangsverkehr aufrechtzuhalten – gesperrt werden konnte. Seitdem regeln hier

Ampeln den Verkehr. Die Arbeiten gingen gut voran, die Hüttenleute konnten sich täglich von ihrem Fortgang überzeugen: in offener Baugrube – im Bereich der Straßenbahn nach dem System des sog. Berliner Verbaus (Baugrubenverbau zur Verkürzung der Spannweite einer Abfangung der Straßenbahnschienen) – wurde der mit den Maßen 3,30 m Nutzbreite und 2,30 m Höhe ausgelegte Tunnel in Stahlbeton etwa 80 cm unter Straßenniveau gegossen. Doch kaum hatte man die Straßenmitte erreicht, als der um Weihnachten einsetzende harte Frost die Arbeiten jäh unterbrach.

„Wir haben rund zehn Wochen durch die starke Frostperiode verloren“, erklärte man uns in der Abt. Tiefbau des TB der Hütte, der die Arbeiten unterstehen. „Erst am 4. März konnten die Arbeiten wiederaufgenommen werden.“ Der Boden war zu diesem Zeitpunkt unterhalb 50 cm Tiefe immer noch etwa 40 cm gefroren und mußte mit Warmwasser und Flammenwerfern aufgetaut werden. Bald schon wurde die zweite Hälfte der Straßendecke aufgerissen, die Ampeln und Absperrungen umgestellt und der Tunnel weiter ausgebaut. Ende April schließlich konnten die Ampeln abgebaut und der Verkehr über die Brucher Straße wieder in ganzer Breite freigegeben werden. Insgesamt wird der Tunnelhauptstrang 85 m lang: er beginnt in Höhe des 1. Untergeschosses der neuen Werksverwaltung und endet auf der anderen Seite der Brucher Straße etwa in Höhe der Parkplätze mit drei Ausgängen: zu den Parkplätzen, zum Büchenschütz und in Richtung Haidchen.

Im Rahmen einer für später vorgesehenen Umgestaltung der Werkszufahrt (unter Regie des zuständigen Landesstraßenbauamtes Hagen) wird hier eine größere Bushaltestelle entstehen. Zugleich wird die Brucher Straße noch verbreitert. – Die Pkw-Zufahrt auf die Parkplätze und ins Werk soll künftig ausschließlich vom Büchenschütz aus erfolgen. Im Zuge dieser Umbauten sollen auch die Torwaage und Lkw-Zufahrt ins Ludwigstal verlegt werden, so daß der gesamte Kraftverkehr zur Hütte dann über die vor einiger Zeit fertiggestellte L 1258 – die Hattingen mit Blankenstein verbindet – über eine kreuzungsfreie Auffahrt abgewickelt werden kann. Doch das ist noch Zukunftsmusik, die erst in Zusammenarbeit mit dem Landesstraßenbauamt Hagen und dem Amt Blankenstein verwirklicht werden kann.

Unsere Frage an die Tiefbauabt. der Hütte, wann denn der Tunnel in Betrieb genommen werden soll, fand aber auch noch keine endgültige Antwort: „Voraussichtlich erst nach Fertigstellung der neuen Werksverwaltung, also im Sommer. Vielleicht werden wir aber schon früher den Zugang zum neuen Werkstor im Belegschaftstrakt öffnen können. Zunächst muß der Tunnel noch plattiert und fertig ausgestaltet werden.“

Interessant ist übrigens die Erwähnung des durch den Tunnelbau in Bewegung gesetzten Papierkrieges: Genehmigungen zum Bau mußten eingeholt werden: 1. von der Ortspolizei in Hattingen, 2. der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG, 3. dem Straßenverkehrsamt Schwelm, 4. dem Amt Blankenstein und 5. – da die Brucher Straße vor einiger Zeit zur Landstraße 1. Ordnung avanciert ist – dem Landesstraßenbauamt in Hagen. Abgenommen wird der Tunnel von der Baupolizei. Das positive Abnahmeergebnis ist wiederum Voraussetzung für einen sog. Nutzungsvertrag, den Ruhrstahl mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe – vertreten durch das Landesstraßenbauamt in Hagen – über die (unter der Erde liegende) Inanspruchnahme des vom Tunnel berührten Grundstücks abschließen muß.

„Heiliger St. Bürokratius!“, mag mancher ausrufen. Aber Ordnung muß sein. „Es war eine Menge Papierkrieg, und noch manches bleibt hier zu tun, aber wir haben mit allen Stellen gut zusammengearbeitet, vor allem mit dem Landesstraßenbauamt in Hagen, mit dem wir am häufigsten zu tun hatten.“ Dieser erfreuliche Kommentar spricht für sich.

Atomstrom auch für uns

EURATOM:

Atom-Kraftwerke spätestens 1970 konkurrenzfähig

Der zukünftige Mangel an herkömmlichen Brennstoffen ist das Hauptargument, mit dem die Leute von EURATOM, wie die Europäische Atomgemeinschaft kurz genannt wird, eine Nutzung der Kernenergie als Stromquelle fordern. Der Energiebedarf in den sechs Ländern des Gemeinsamen Europäischen Marktes werde weiterhin so stark wachsen, daß eine sichere und auch möglichst billige Energieversorgung für die Zukunft nur gewährleistet sei, wenn man auf die Atomkraft zurückgreife, erklärte Heinz Krekeler, Mitglied der EURATOM-Kommission in Brüssel, kürzlich bei einem Informationsgespräch. Ohne Atomkraft würden die sechs EWG-Länder bis zum Zeitraum 1975/80 bei ihrer Energieversorgung zu 60–70 Prozent vom Öl abhängig sein. „Wir wären auf den guten Willen derjenigen angewiesen, die über das Rohöl verfügen.“ Krekeler, früher Botschafter der Bundesrepublik in Washington, denkt dabei an den Mittleren Osten und meint nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Billigkeit zukünftiger Öllieferungen: Die Erdölländer stehen nicht in der oft vermuteten gegenseitigen Preiskonkurrenz; sie haben vielmehr ein Exportkartell — OPEC (Organisation of Petroleum Exporting Countries) — gegründet, das alle Länder außer den USA und dem Ostblock umfaßt, also von Venezuela bis Saudi-Arabien reicht und von dem Gedanken ausgeht, daß die Ölvorräte der OPEC-Länder nicht ewig währen...

Anteil der Kohle geht zurück

Der gesamte Energiebedarf der europäischen Gemeinschaft dürfte sich, wie ein Memorandum schätzt, in der Zeit von 1960 bis 1975 von 460 auf 850 Millionen Tonnen SKE (Steinkohleneinheiten) erhöhen. Hiervon wird allerdings die Kohle insgesamt ab 1970 nur noch ein Drittel und die in der Gemeinschaft geförderte Steinkohle im Jahre 1975 nur 15 bis 23 Prozent decken: nämlich 15 Prozent, wenn man unterstellt, daß der Bergbau keinerlei Schutz und Beihilfen mehr erhält, dagegen 23 Prozent bei Gewährung einer Beihilfe, wie sie in dem Memorandum als höchstmöglich vorgesehen ist.

In 10 Jahren doppelt soviel Strom

Zur Deckung der rasch ansteigenden Elektrizitätsnachfrage müssen daher die übrigen Primärenergien, insbesondere Vollwertkohle und Heizöl sowie möglichst auch Erdgas, in noch stärker steigendem Maße herangezogen werden. Hier werden nun die genannten Bedenken wegen der Sicherheit und Billigkeit der Versorgung angemeldet. Deshalb eröffnet sich unter diesen „nicht privilegierten“ Primärenergien auch das Zukunftsbild der Kernenergie.

Die Beförderung und Lagerung der Kernbrennstoffe sind wegen ihres hohen Energiegehaltes sehr billig. Die Lagerung eines Brennstoffjahresvorrats dürfte für ein Kernkraftwerk nur etwa ein Drittel bis ein Fünftel so kostspielig sein wie für ein Kohle- oder Ölkraftwerk.

Die Reserven an Uran

Welche Reserven an Uran in der freien Welt mengenmäßig vorhanden sind, hängt — ähnlich wie bei der Kohle — von der Abbauwürdigkeit und damit von dem erzielbaren Preis ab. Die

nach der Abbauwürdigkeit heute als „sicher“ anzusehenden Reserven haben, wie Fachleute schätzen, einen Urangelalt von mindestens 1 Million Tonnen; bei einem höheren Preis wären sogar „potentielle“ Reserven von mindestens 5 Millionen Tonnen Urangelalt abbauwürdig. Die derzeitige Entwicklung der Kerntechnik zugrunde gelegt, hat man ausgerechnet, daß allein die „sicheren“ Uranreserven einen Energievorrat von wenigstens 1000 Billionen kWh darstellen. Das bedeutet: Die gesamten Steinkohlenvorräte der westlichen Welt müßten eingesetzt werden, um diese Strommenge zu erzeugen.

Die europäische Gemeinschaft selbst verfügt besonders in Frankreich über bedeutende Uranvorkommen. Allerdings sind die Kosten der Gewinnung und Konzentrierung im EWG-Raum höher als in einigen anderen Ländern der freien Welt.

Damit kommen wir zur Kostenfrage überhaupt. Im Rahmen einer Energiepolitik, die nicht nur nach möglichst sicherer, sondern auch nach möglichst billiger Versorgung strebt, müssen sich Kernkraftwerke dadurch rechtfertigen, daß sie im Wettbewerb mit der konventionellen Energieerzeugung bestehen. Darüber ist man sich auch bei EURATOM im klaren. Man glaubt sogar nachweisen zu können, daß der Atomstrom auf die Dauer billiger sein wird als der in Kohle- und Ölkraftwerken erzeugte Strom.

Da bei konventionellen Kraftwerken die Preise der Brennstoffe kostenmäßig die entscheidende Rolle spielen, während bei Atomkraftwerken die Baukosten ausschlaggebend sind, ist für einen Kostenvergleich die wichtigste Frage: Welche Preise werden zukünftig Kohle und Heizöl haben, und wie werden sich die Baukosten für Kernkraftwerke entwickeln? Die Kohle- und Ölpreise hängen nicht nur von der Marktlage bzw. von der Marktstrategie der Lieferanten (OPEC) ab, sondern auch von der zukünftigen Energiepolitik in der europäischen Gemeinschaft. Andererseits wird die Wettbewerbslage für den Atomstrom dadurch günstiger, daß die Entwicklung zu immer größeren Kernkraftwerken geht, was eine Senkung der Kosten je Stromeinheit bedeutet.

Kostenvergleich mit Unbekannten

Der Bau eines Kraftwerks ist zur Zeit noch wenigstens doppelt so teuer wie der eines modernen Kohle- oder Ölkraftwerks. Für die „erprobten“ Reaktortypen liegen nunmehr hinreichende Erfahrungen vor, die es den Konstruktionsfirmen erlauben, Festpreise für die Erstellung von schlüsselfertigen und betriebsbereiten Reaktoren zu machen und gewisse Garantien für die Leistung und Betriebsdauer zu geben. Bezieht man die Stromerzeugungskosten auf die Kilowattstunde, so erfordert der Bau eines modernen Kohle- oder Ölkraftwerks gegenwärtig mindestens 125 Dollar (500 DM) je Kilowatt Leistung (kWe). Kernkraftwerke mit Leichtwasserreaktoren — wie beim neuen Atomkraftwerk in Gundremmingen an der oberen Donau, bisher größtes Projekt in der Bundesrepublik, das 1965 in Betrieb genommen werden soll — werden in der europäischen Gemeinschaft zu einem Preis von wenigstens 250 \$ je kWe angeboten. Die durch immer kompaktere Bauweise charakterisierte Tendenz geht in Richtung auf 200 \$/kWe und vielleicht sogar auf 150 \$/kWe. Die wirtschaftliche Lebensdauer eines Kernkraftwerks erprobter Bauart wird auf mindestens 20 Jahre veranschlagt; für Kohle- und Ölkraftwerke ist mit einer Lebensdauer von durchschnittlich 30 Jahren zu rechnen.

Berücksichtigt man dementsprechend Kapitalbedarf, Abschreibungen und Zinsen als feste Kosten und schlägt hierauf die Brennstoffkosten sowie die Betriebs- und Unterhaltungskosten, so läßt sich ein grober Vergleich der Stromkosten in Atomkraft- bzw. in Kohle- oder Heizölkraftwerken ziehen. Die EURATOM-Kommission hat hierbei Kraftwerke neuester Bauart jeweils mit Leistungen von mindestens 250 elektrischen Megawatt (MWe) zugrunde gelegt, die 1965/66 in Betrieb genommen werden können, und zwar bei Jahresbenutzungszeiten von 6000 bis 7000 Stunden. Geht man ferner davon aus, daß die

„konventionellen“ Kernkraftwerke zu dem voraussichtlich günstigsten Einstandspreis für US-Kohle und Heizöl bis 1966, nämlich zu 11–12 \$ je Tonne, versorgt werden, und legt man schließlich die derzeitigen, relativ hohen Kapitalkosten im Bundesgebiet zugrunde, so errechnen sich folgende Stromkosten je Kilowattstunde in mills (tausendstel Rechnungseinheiten = tausendstel Dollar): Kernkraftwerke 7,8 bis 8,8 (= 3,1–3,5 Pf), Kohle- oder Heizölkraftwerke 6,5 bis 7,6 (= 2,6 bis 3,0 Pf).

Welche Kohlenpreise?

Hiernach wäre also der Atomstrom 1965/66 noch nicht konkurrenzfähig. Dieser Zahlenvergleich gilt wohl gemerkt für die Bedingungen in der Bundesrepublik sowie unter der Annahme günstiger Kohle- oder Heizölpreise. Der Preis, zu dem Kohle- oder Ölkraftwerke künftig mit Brennstoffen versorgt werden, bildet überhaupt die größte Unbekannte beim Kostenvergleich. Nimmt man als Kohlenpreis die gegenwärtige Obergrenze für die mit Gemeinschaftskohle versorgten Kraftwerke, nämlich 18 \$/t, dann lägen für diese die Stromkosten bei 9 bis 9,5 mills/kWh, also wesentlich höher als für Kernkraftwerke. Allgemein hatte die EURATOM-Kommission im März vorigen Jahres erklärt: „Die der Kommission vorliegenden Schätzungen der neuesten Kernkraftwerksprojekte in Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und in den Vereinigten Staaten bestätigten, daß die voraussichtlichen Kosten des Atomstroms um 10 bis 30 Prozent über denen der herkömmlichen Energie liegen.“ Die EURATOM-Kommission hat aber mehrfach die Auffassung bekundet, daß diese Differenz verschwindet und etwa im Jahre 1970 die Schwelle der Wettbewerbsfähigkeit überschritten wird.

Noch optimistischer geworden

Im neuen Energiememorandum der Hohen Behörde und der Kommissionen heißt es nun: „Legt man einen Referenzpreis für fossile Brennstoffe von 13 Dollar je Tonne Steinkohleneinheiten zugrunde (das ist ungefähr der gegenwärtige Durchschnittseinstandspreis für US-Kohle bei den Kraftwerken), so kann angenommen werden, daß die Kernkraftwerke mit einer Betriebsdauer von 6000 Stunden jährlich oder darüber in mehreren Gebieten der Gemeinschaft bereits zwischen 1965 und 1967, in der gesamten Gemeinschaft gegen 1968 oder 1970 wettbewerbsfähig sein werden.“

Heute steht Frankreich nach der Anzahl der bereits gebauten oder projektierten Atomkraftwerke an der Spitze innerhalb der EWG, gefolgt von Italien. Westdeutschland macht jetzt den ersten großen Schritt mit der erwähnten Gemeinschaftsplanung der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG und der Bayernwerk AG in Gundremmingen an der Donau. In Brüssel daraufhin angesprochen, ob vielleicht „Lobbyisten“ der Kohle oder des Öls die Zukunft des Atomstroms hinauszuzögern versuchen, meinte Kommissionsmitglied Heinz Krekeler, diese Bemühungen würden zwecklos sein; denn wenn sich in einem Lande innerhalb der Gemeinschaft oder darüber hinaus die Kernkraftwerke einmal durchgesetzt hätten, müßten die anderen Länder aus Konkurrenzgründen notgedrungen mitmachen.

Technisch bemerkenswert ist die Entwicklung zu immer größeren Kernkraftwerken. Das setzt wirtschaftlich allerdings die Zusammenarbeit mehrerer Unternehmen und vielleicht sogar mehrerer Länder voraus. In den USA glaubt man, daß Atomkraftwerke mit 300 bis 350 Megawatt — das deutsche Werk an der Donau wird eine Leistung von 250 MWe haben — schon heute dort konkurrenzfähig sind, wo die konventionellen Kraftwerke revierfern liegen, d. h. hohe Transportkosten für Kohle zu tragen haben.

Kernfusion? ... Wenn überhaupt!

Schließlich noch die Frage, wie die Aussichten dafür sind, daß die heutige friedliche Nutzung von Atomenergie durch Kernspaltung selbst ein-

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 14

Begegnung mit Berlin

Notizen von
einer Studienfahrt
nach Berlin,
aufgezeichnet von
Marianne Nass,
Henrichshütte (BW 1)

Dieser Bericht schildert die Eindrücke eines viertägigen Berlin-Aufenthaltes. Gemeinsam mit anderen Mitarbeitern der Henrichshütte fuhr Marianne Nass – im Rahmen einer Studienfahrt der „Naturfreunde Welper E. V.“ – zum erstenmal in ihrem Leben in die deutsche Hauptstadt. Und dieser kurze Berlin-Besuch wurde ihr zu einem so nachhaltigen Erlebnis, daß sie diesen Bericht niederschrieb, um sich selbst die Erinnerung an die Begegnung mit Berlin, mit seinen Menschen, mit seinem Schicksal zu bewahren:

„Noch eine, die letzte Kontrolle; endlich fuhrn wir in Westberlin ein. Erleichtert atmeten wir auf nach der einsamen Fahrt durch die abenddunkle ‚Zone‘: Der Autobahnabschnitt Helmstedt–Dreilinden lag hinter uns, einer der wenigen noch offenen Zufahrtswege nach Berlin, zu beiden Seiten flankiert von Stacheldrahtverhau; von Wachttürmen aus hatten Ferngläser unseren Bus verfolgt ...

Wir hatten von den Verhau und Wachttürmen gehört und gelesen, wir wußten vom kahlgeegigten Todesstreifen, der Westberlin von der die Stadt umgebenden ‚Zone‘ schmerzlich trennt, der jede Flucht von Ost nach West fast ganz unmöglich macht. Wir alle kannten die Mauer aus Wochenschauen und Fernsehen. Aber das eigene Erlebnis ist immer stärker: Schon die Fahrt nach Berlin machte uns die Insellage der Stadt bewußt ...“

Auf den letzten Kilometern zwischen dem letzten Kontrollpunkt und dem Beginn des Stadtgebiets grüßten uns – jeder auf seine Art – der sowjetische Panzer von Anno 1945 auf seinem Steinsokkel am Rande der Autobahn und eine Plastik des Berliner Bären. Über die Avus, eine der schnellsten Rennstrecken der Welt – und in einer Geraden – Ausläufer der Autobahn – fuhrn wir hinein in das abendlich hell erleuchtete Westberlin. Wir tauchten ein in diese bedrängte, lebensmutige, so unbeschreiblich vielgesichtige, großzügige und spottlustige Weltstadt, die wahre Hauptstadt Deutschlands.

Einen ersten und nachhaltigen Eindruck vermittelten uns die Straßen Westberlins, diese großen, breiten Straßen; sich stetig erweiternd, vergrößernd sind es Straßen ohne Parkraumnot; es sind Straßen, die heute schon für eine Zukunft geplant und gebaut werden, in der auch Ostberlin wieder frei sein wird. Städtebaulich denkt man an ein Berlin ohne Mauer, an Großberlin, die Hauptstadt aller Deutschen.

Wir waren müde, als wir im „Mississippi-Dampfer“, so nennt der Berliner das Jugendgästehaus in Berlin-Tiergarten, abstiegen. Trotzdem brachte es keiner fertig, sich nun auszu-ruhen nach der anstrengenden Busfahrt: da war niemand, der auf einen ersten Erkundungs-bummel verzichten wollte. Und da war keiner unter uns, der nicht vom strahlenden Kurfürstendamm, der weltberühmten Prachtstraße, überwältigt war. Im Winter war natürlich nicht

so viel los wie zur wärmeren Jahreszeit, und das Leben der Straßencafés fehlte – aber es blieb genug zu sehen übrig: die bunte Vielfalt der Lichter und Schaufenster, der Bars, der großartigen Lichtreklamen. Und am oberen Ende blauschimmernd die Glasfenster der neuen Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, schlicht und gradlinig erbaut, neben ihrer altherwürdigen Turmruine.

Bei Tage sieht der „Kudamm“ freilich nüchterner aus: Riesengroße Hotels stehen neben Versicherungs- und Geschäftshäusern, hin und wieder große Cafés, gemütlich oder vornehm, strenge Neubauten neben verschörkelten alten Häusern aus der Zeit vor der Jahrhundertwende. Dazwischen immer fließender Verkehr – und Menschen, Menschen. Trotzdem fühlt man sich allein in dieser Großstadatmosphäre. Man kann sich kaum vorstellen, wie diese Straße um die Jahrhundertwende ausgesehen haben mag, als sie noch ein Spazierweg zum Grunewald war ...

Am ersten Tag machten wir eine Stadtrundfahrt. Das Wetter war winterlich grau.

Bald fiel uns auf, wie sehr in Berlin Gegensätzliches beieinander liegt: Da sind auf der einen Seite die großangelegten Berliner Straßen, das wunderschöne moderne Hansaviertel mit seinen architektonisch gewagten Hochhäusern, seinen ultramodernen Kirchen – und auf der anderen Seite häßliche Wohnblocks in Kreuzberg mit vielen lichtarmen Hinterhöfen; auf der einen Seite die fortschrittliche, von der Technik beherrschte „Siemensstadt“, auf der anderen Seite der zerstörte „Anhalter Bahnhof“, die „Europa-haus“-Ruine und die ganze trostlose Trümmergegend dicht bei der Mauer.

Wir besichtigten den Flughafen Tempelhof und erfuhren angesichts des Luftbrückendenkmals (im Berliner Jargon „Hungerkralle“), daß hier während der Berlin-Blockade (1948/49) alle drei Minuten – bei Tag und Nacht – ein Flugzeug startete und landete, um Berlin und seine 2,5 Mill. Menschen am Leben zu erhalten (was wir nicht wußten, weil wir damals zu jung waren, oder was uns nicht mehr einleuchtend war).

Wir besuchten das hübsch angelegte Messengelände – im Winter freilich nicht sehr einladend – mit dem Funkturm.

Wir besichtigten auch das riesige Olympiastadion, ein Baudenkmal aus der nationalsozialistischen „Glanzzeit“. Von hier aus konnten wir das berühmte Corbusier-Hochhaus sehen, von außen her lediglich durch seine Farbigkeit interessant.

In Berlin erinnern noch viele Bauten an den nazi-eigenen Monumentalstil, besonders am Fehrbelliner Platz, steinerne Zeugen dieser Epoche deutscher Geschichte.

Besonders gefiel uns, daß Berlin inmitten seiner zuweilen häßlich eintönigen hohen Häuser Grünanlagen und Parks in großer Zahl besitzt. Das „Hansaviertel“ ist im herrlichen Tiergarten gelegen, mitten im Stadtzentrum, so daß man hier mit Freuden wohnen würde. Durch den Tiergarten, den wir auf der „Straße des 17. Juni“ durchquerten, an der Siegessäule und am Hansaviertel, an Schloß Belevue und Kongreßhalle vorbei zum Brandenburger Tor lohnt sich auch im Winter ein Spaziergang.

Am durch die Mauer unzugänglich gewordenen Brandenburger Tor fuhrn wir langsam vorüber, aussteigen durften wir nicht – und empfanden hier etwas von der tiefen Wunde, die der 2. Weltkrieg in Deutschland hinterlassen hat. Im Dunst sahen wir hinter dem auf Westberliner Boden errichteten sowjetischen Ehrenmal und der von Engländern gegen die Westberliner Bevölkerung geschützten Ehrenwache in seiner einsamen Großartigkeit das alte Reichstagsgebäude, eines der wenigen historischen Gebäude, die auf Westberliner Gebiet liegen. Im Schöneberger Rathaus, dem Sitz des Westberliner Senats, erfuhren wir am Nachmittag in Wort und Film viel Interessantes über Westberlin. Es waren gigantische Zahlen, die wir über Investitionen, Verbrauch, aber auch Lei-

stung und Produktion in Westberlin zu hören bekamen. Westberlin ist die größte Industriestadt Europas, Westberlins Elektroindustrie produziert mehr als die Österreichs und der Schweiz zusammen, Westberlins Export ist doppelt so hoch wie der Irlands, Westberlins Sozialprodukt ist größer als das Griechenlands. Und wir hatten, auch in den kommenden Tagen, den Eindruck, daß alles, was in Westberlin geboten wird, Spitzenklasse ist.

Der zweite Tag war in erster Linie der Besichtigung der Sektorengrenze vorbehalten.

Die Eindrücke, die wir hier mitgenommen haben, sind kaum zu beschreiben. Um das Problem „Berlin“ zu verstehen, muß man dies gesehen haben. Man muß an der Oberbaumbrücke gestanden und, die Gedenkkreuze für die erschossenen Flüchtlinge betrachtend, das ostzonale Wachboot patrouillieren und die nicht allein mit scharfen Ferngläsern bewaffneten Vopos gesehen haben.

Man muß vor der Mauer gestanden, den verammelten Potsdamer Platz und die Panzersperren und die Sektorenübergänge gesehen haben, wo man mit dem Auto nur im Zickzack durchfahren kann, von der Bernauer Straße ganz zu schweigen: Furchtbar zu sehen, wie hier die Häuser zwangsgeräumt stehen, die Fenster – bis auf Schießscharten – zugemauert, Stacheldrahtreiter auf den fünfstöckigen Häusern, Scheinwerfer entlang der vom Osten her weißgekalkten Mauer, den zugemauerten, mit Wachttürmen besetzten Friedhof, die Sichtblenden, die das Zuwinken verhindern sollen. Und überall die traurige Öde. Das einzig Lebendige: die wachhabenden Volkspolizisten.

Beim Besuch der Gedenkstätten Plötzensee und Stauffenbergstraße für die Opfer der Hitlerdiktatur mußten wir denken, daß Diktatur und Tyrannei in Deutschland noch immer kein Ende gefunden haben ...

Am Nachmittag fuhrn wir mit der U-Bahn in das verträumte Dahlem-Dorf, um das Kunstmuseum zu besuchen.

Denn mit dem ganzen alten Stadtkern gehören heute auch die berühmten Museen und die alte Universität zu Ostberlin. So war Westberlin gezwungen, sich kulturell neu einzurichten, zumal schon bald die Universität in eine kommunistische Lehrstätte umgewandelt wurde, wie ja die SED-Machthaber alles kulturelle Leben kommunistisch durchsetzten.

Westberlins Freie Universität, nach der Teilung der Stadt 1949 neu gegründet, die Technische Universität und die Musikakademie zählen augenblicklich etwa 25 000 Studenten (das wäre die Einwohnerzahl einer ansehnlichen Kleinstadt).

Die Dahlemer Gemäldegalerie besitzt kostbare Kunstschatze. Es sind Bilder darunter, deren Wert in Millionen angegeben werden kann. Ob es sich um die Altarmalereien des 14./15. Jahrhunderts handelt, um die Riemenschneider-Schnitzwerke, um Dürer, Holbein, Bosch, um die Holländer oder Italiener, es war so viel zu sehen, daß wir manches weglassen mußten, um durchzukommen. Das Schönste aber waren wohl – das jedenfalls fand ich – die Werke Rembrandts, von denen allein 26 hier ausgestellt sind. Das Glanzstück des Museums überhaupt ist die Jahrtausende alte Büste der Nofretete, die aber durch die unendlich vielen Kopien so hinreichend bekannt ist, daß sie uns kaum noch interessant erschien.

Der Mittwoch war ein frostklarer, sonniger Tag. Wir bummelten ein wenig in Charlottenburg herum und spazierten über die breite Bismarckstraße, die unter verschiedenen Namen (Kaiserdamm, Straße des 17. Juni, Unter den Linden) quer durch Berlin führt, zu beiden Seiten die für Berlin typischen Kandelaber. Wir kamen an der neuen Deutschen Oper vorbei, im strengen, modernen Stil gebaut. Über die Schloßallee, auf der sich Spaziergänger, Kinder und Tauben tummelten, gelangten wir an das breitgestreckte barocke Charlottenburger Schloß, davor das

Reiterstandbild des Großen Kurfürsten von Andreas Schlüter.

Nachmittags fuhren wir mit dem Autobus in Richtung Zehlendorf, um Zonenrandgebiete aufzusuchen. Stacheldraht — das kannten wir bereits. Stacheldraht auch mitten durch die Havel. Am Wannsee machten wir kleine Spaziergänge. Wannsee und Grunewald sind herrliche Erholungsgebiete für die Berliner, und im Sommer muß hier ein buntes Treiben herrschen.

Berlin ist zwar eine Insel, aber eine sehr schöne Insel, wo man beinahe alles haben kann, was man sich wünscht. Seltsam, daß man sich aber trotz der Größe Berlins eingengt fühlt und daß das Umschlossensein von Feinden, d. h. von der kommunistischen Diktatur, schlimmer sein kann als beispielsweise das Umschlossensein einer Insel vom Meer.

Wir kannten nun viel von Westberlin und waren gespannt, es mit Ostberlin, das wir nur „über den Zaun“ gesehen hatten, zu vergleichen. Dabei bemühten wir uns, so objektiv wie möglich zu sehen.

Mit der U-Bahn (die unter ostzonaler Verwaltung stehende S-Bahn wird von den Westberlinern — und darum auch von uns — boykottiert) fuhren wir über „Gleisdreieck“ und „Hallesches Tor“ in den Ostsektor. Dabei passierten wir einige „Geisterbahnhöfe“ (so nennt man die unbenutzten, unbeleuchteten früheren Stationen der U-Bahn). Wieder machte sich die Beklemmung spürbar, die wir bereits bei der Kontrolle an der Zonengrenze in Marienborn empfunden hatten. Am Bahnhof „Friedrichstraße“ — in Ostberlin — endlich hielt die Bahn; hier stiegen wir aus. Es folgte die übliche zeitraubende Paßkontrolle und „Musterung“. Nach eineinhalb Stunden wurden wir durchgelassen und befanden uns mitten im alten Stadtzentrum Berlins, ohne jedoch etwas von der früher hier vorhandenen Atmosphäre zu spüren. Der Verkehr war mäßig — es war allerdings auch Schneematschewetter. Grotesk muteten die Verkehrspolizisten an, die die Fußgänger ermahnten, auf die (vereinzelt) Kraftfahrzeuge zu achten und vorsichtig die Straße zu überqueren.

Viele repräsentativen Altbauten säumen die alte Prachtstraße „Unter den Linden“. Wir kamen an der Humboldt-Universität und an der Staatsoper vorbei; wir gingen die „Linden“ abwärts zur Museumsinsel. Wir besichtigten den ebenfalls hier gelegenen mächtigen Berliner Dom. Die schöne Kuppelkirche bot von innen ein trauriges Bild: Vieles war zertrümmert, die Fenster aus einfachem Glas; schadhafte Stellen im Mauerwerk, nur durch rohe Ziegel ausgebessert. Im Kirchenraum: Schutt auf dem Boden, die Kanzel mit Brettern vernagelt. Und das 18 Jahre nach Kriegsende...

Ungefähr dem Dom gegenüber, wo einst das Berliner Stadtschloß stand, hatte man nach dessen Abtragung einen Aufmarschplatz für kommunistische Massendemonstrationen entstehen lassen. Hier wurde der grundsätzliche Unterschied zwischen Ost- und Westberlin deutlich: Dort sind viele Kräfte am Werk, um das gute Überkommene zu erhalten, zu reparieren, zu pflegen und Neues um Neues dazuzusetzen; hier in Ostberlin verkommt das historisch Wesentliche, wird gar noch vollends vernichtet, ohne daß gültiger Ersatz dafür entsteht.

Wir kamen zum Alexanderplatz, für seine Berühmtheit enttäuschend. Wenig Verkehr. Wir besichtigten das größte HO-Kaufhaus. Das Angebot war einigermaßen befriedigend, die Preise aber sehr hoch.

Im übrigen waren die Auslagen dürftig, wie auch die Kleidung der Fußgänger. Nichts hielt einen Vergleich mit Westberlin und Westdeutschland aus. Und dabei ist doch Ostberlin der Glanzpunkt der „DDR“. Dann „bewunderten“ wir die phantasielosen Hochhäuser, von denen hier doch schon etliche vorhanden sind. Ein Bauarbeiter erzählte voller Stolz: „Diese Fertigbauweise bei Hochhäusern ist einzig in der Welt. Das hat der Westen nicht.“ Es folgte eine genaue Erklärung der Bauweise... Wir blieben unbeeindruckt.

In der im Neu-Moskauer Stil erbauten „Frankfurter Allee“, bis 1961 „Stalinallee“, besuchten wir das „Café Warschau“, durchgefroren bei der ungemütlichen Witterung und mit nassen Füßen. Es war ein gepflegtes Restaurant mit guter Bedienung, und man konnte nichts sagen gegen das, was wir für unser Geld bekamen. Wir wußten aber, daß dies das Aushängeschild Ostberlins und der „Zone“ ist, und wir hatten das Gefühl, unseren Landsleuten aus Mitteldeutschland die Lebensmittel wegzuzessen.

Am Nachmittag erwartete uns in Ostberlin ein ganz großes Erlebnis: der Besuch des „Pergamonmuseums“. Das war wirklich das großartigste, was wir an Museen bisher sahen. Das Museum wurde 1930 gebaut, und zwar direkt für die Funde, die man damals ausgegraben hatte und die die deutsche Forschergruppe davon erhielt. Wir fühlten uns zurückversetzt ins Altertum, an die historischen Stätten Griechenlands und des Orients, bestaunten die mächtigen Steinfiguren Ägyptens und auch die seltenen Mumien. Wir durchschritten die Prozessionsstraße und das große Tor von Babylon aus blaugebrannten Tonsteinen. Wir studierten auch die vielen, vielen Figuren, Plastiken, Torsos aus dem alten Rom. Die riesenhohen Säulen und dazwischen die Werke antiker Bildhauer vermittelten uns etwas von der Kunst und dem Leben im antiken Griechenland, dem klassischen Altertum.

Das Schönste war der Pergamonaltar selbst: Die marmornen Treppen, Säulen und Frieze, die Bilder aus der Sage und Geschichte darstellen, bezauberten den Besucher und könnten ihn tagelang beschäftigen.

Durch ein Gespräch mit einer Wärterin der Museumsräume wurden wir allerdings aus dieser erhabenen Atmosphäre wieder in die Gegenwart versetzt: Sie erklärte uns dies und das und sagte dann, es sei nicht viel los um diese Zeit im Museum. „Die Abiturienten, die zum Herbst mit dem Studium begannen, brachten einiges Leben. Das ist nun vorbei. Die Besucher sind fast nur Westdeutsche oder Ausländer. Von hier kommt doch niemand.“ Auf unser Wieso? Warum? antwortete sie: „Die Leute haben dazu keine Zeit; die müssen immer nur arbeiten. Übrigens, Sie haben eine hübsche Mütze auf, so was gibt's doch nur im Westen.“ Das ermunterte uns, einige Fragen zu stellen. Aber die Frau war vorsichtig. „Da ist nicht viel zu sagen“, sprach sie, „Sie wissen nicht, wer ich bin. Ich weiß nicht, wer Sie sind. Jede dritte Kollegin ist in der Partei. Es ist eine Katastrophe.“ Sie machte einen ziemlich verzweifeltten Eindruck. Dann sagte sie noch: „Wissen Sie, ich möchte mir einmal eine Fahrkarte besorgen und dann nach dem Westen fahren, um das zu kaufen, was man hier alles nicht bekommen kann.“

Sie wandte sich wieder den Museumsschätzen zu, denn eine Kollegin hatte den Raum betreten. Später steckten zwei von uns ihr heimlich Schokolade und einiges andere zu, worüber sie sich freute wie ein Kind zu Weihnachten.

Am Abend — wieder in Westberlin — sagten uns die „Wühlmäuse“ in ihrer spöttischen Weise, mal ernst, mal heiter, nicht nur viel über Berlin, sondern über die Politik in aller Welt, über heute und die alten Zeiten, besonders aber über die Probleme der geteilten Stadt und ihrer östlichen Bewohner.

Die „Wirtschaftswunderdeutschen“ bekamen ihr Teil ab und auch die „Mauertouristen“ (vielleicht auch wir?), die nach Berlin kommen, um die Mauer („Muß man ja gesehen haben!“) und „My fair Lady“ zu sehen... Kleines Kabarett, ganz groß.

Zu besichtigen blieb uns noch die „Kongreßhalle“ gegenüber dem Reichstagsgebäude, die von innen nicht minder schön erschien als von außen. Ein Beitrag der USA zur Bauausstellung 1957 (Interbau), errichtet in nur gut einem Jahr, erfüllt sie mit ihrem 1264 Personen fassenden Kongreßsaal und ihren kleineren Vortrags- und Konferenzräumen sowie Restaurant, Bar, Café,

alles sehr schön und geschmackvoll, viele Zwecke. Im Foyer sahen wir eine Ausstellung über Terror in der Zone mit erschütternden Bilddokumenten.

Anschließend waren wir im Berliner Aquarium, nach dem „Ozeanum“ in Florida (USA) dem größten der Welt. Hier gab es viele fremde und schöne Lebewesen zu sehen.

Vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen veranstaltet, sahen wir im Europahaus nachmittags einige Filme über die Sektorengrenze, Stacheldraht und Mauer, über die vielfältigen, gefährlichen Fluchtversuche verzweifelter Menschen von drüben. Im Anschluß an einen die Lage in Berlin skizzierenden Vortrag konnten wir Fragen stellen und über die politische Situation Berlins und alles, was uns interessierte, diskutieren.

Der Referent hatte uns aufgezeigt, daß die äußere Teilung unseres Vaterlandes nicht allein entscheidend sei, das Schlimmere sei, daß die Menschen diesseits und jenseits der Grenze sich auseinanderlebten, daß sie sich am Ende nicht mehr verstanden, weil „hüben“ und „drüben“ den gleichen Worten häufig schon ganz unterschiedliche Begriffe unterlegt werden. Er erklärte uns das an Zeitungsbeispielen; z. B. werden die Worte „Freiheit“ und „Demokratie“ doch bereits ganz verschieden ausgelegt.

Es drängten sich uns manche Fragen auf: Was wird und wurde getan für Berlin? Und was kann überhaupt getan werden?

Der Referent sagte uns, der Westen hätte den Bau der Mauer nicht verhindern können, da sie auf Ostberliner Gebiet gebaut und der Zugang für die Westmächte offengeblieben sei. Die Westmächte ihrerseits wollten korrekt an dem Viermächtestatus festhalten, damit man ihnen bei Verhandlungen keinen Vertragsbruch vorwerfen könne. Uns erschien diese Haltung etwas passiv. Andererseits, was soll man tun, ohne einen Krieg heraufzubeschwören? Man will sich den Verhandlungsweg offenlassen...

Es kamen auch noch Fragen wie „Wiedervereinigung mit oder ohne freie Wahlen“, „Wiedervereinigung — um welchen Preis?“ zur Sprache. Durch eine Wiedervereinigung soll schließlich bezweckt werden, daß es den Mitteldeutschen besser geht als bisher und nicht, daß es den Westdeutschen dann ebenso schlecht geht wie den Mitteldeutschen.

Letztlich sei alles eine Frage der Macht. Der sei am Ende der Sieger, der wirtschaftlich und rüstungsmäßig die Oberhand behalte. Man könne nur hoffen und wünschen, daß das System des Kommunismus in sich selbst scheitere. Und die Lage in der Zone ließe in dieser Hinsicht einige Hoffnung zu, wenn auch noch viel Zeit darüber vergehen könne.

Den Westberlinern sind die Hände ziemlich gebunden. Die freie Presse Westberlins versucht zwar ständig durch Lichtfunk, die Ostberliner auch „anders“ zu informieren. Aber das sind nur Tropfen auf den heißen Stein. Jeder Westdeutsche aber könne durch Briefe, Pakete und Besuche, soweit es möglich ist, ein übriges tun, um Kontakt zu unseren Landsleuten zu halten...

Am letzten Tage bummelten wir noch einmal durch die Stadt, nicht so sehr durch die Innenstadt, sondern mehr durch die Außenbezirke, die uns interessierten, besahen uns manches in Ruhe, „schossen“ einige Fotos, unterhielten uns mit einem Westberliner Schutzpolizisten. Mit einer gemütlichen Stunde in einer zünftigen Kneipe beschlossen wir unseren Berlin-Urlaub, um viele Eindrücke reicher, aber auch beschäftigt mit manchen Problemen.

Wenn wir nun Kommentare über Berlin hören, so nehmen wir ganz anders, intensiver daran Anteil. Und wenn wir uns äußern, dann müssen wir uns immer wieder wundern, wie häufig wir hier in Westdeutschland auf Gleichgültigkeit stoßen. Die Mehrheit hierzulande scheint zu denken: Berlin, das ist weit weg. Hauptsache, uns geht es gut...

„Sehr geehrter Herr Ulbricht!“

Ein westdeutscher Gewerkschafter berichtet über seinen Besuch in der Sowjetzone

Roelef Lok ist ein Gewerkschafter aus dem württembergischen Altheim. Im März hat er an der „XVII. Deutschen Arbeiterkonferenz“ in Leipzig teilgenommen. Er war in die Zone gefahren, um dort Argumente für eine Verständigung mit dem Ulbricht-Regime zu finden, aber er ist enttäuscht wieder in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Seiner Enttäuschung gab er in einem offenen Brief an Walter Ulbricht Ausdruck; Durchschläge seines Schreibens schickte er an das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ und an DIE ZEIT, mit deren freundlicher Genehmigung wir seinen Brief an Walter Ulbricht in gekürzter Fassung veröffentlichen:

vom sozialen Status eines kapitalistischen Arbeiters unterscheiden.

In einem Betrieb war der Direktor sehr stolz darauf, im letzten Jahr eine viertel Million erwirtschaftet und diese Summe seinem Staate zugeführt zu haben. Wenn bei uns ein Unternehmer eine viertel Million Gewinn macht, wird dies (von der SED-Propaganda; Anm. d. Red.) als schändliche Ausbeutung des Arbeiters bewertet. Aber der Anteil der Arbeiter in der DDR am sogenannten Mehrwert ihrer Arbeit ist keineswegs größer als bei uns. Im Gegenteil: Sie dürfen sogar das Prämiennisiko tragen, wenn Pläne unerfüllbar sind.

Aber der FDGB ruft uns (die Arbeiter in Westdeutschland; Anm. d. Red.) auf, Lohnforderungen durchzusetzen. Ein Funktionär, mit dem ich die Lohnfragen durchsprach, sagte: es gibt doch eine Grenze, die durch die Rentabilität bestimmt wird. Eben! Und obwohl es auch bei uns eine solche Grenze gibt, sollen wir diese sprengen. Warum eigentlich wohl?

Ich stelle fest: für den einfachen Proletarier hat sich trotz einer totalen sozialistischen Revolution nichts geändert, obwohl diese Revolution letztlich für ihn entfacht wurde. Angeblich üben die Proletarier nunmehr die Macht im Staate aus, ich aber habe nur eine Verlagerung der Macht entdecken können, die dem Arbeiter nichts genützt hat.

Wie sah nun das Gesamtbild der DDR aus? Mit der Bevölkerung konnte ich frei und ungezwungen diskutieren, ich war sehr viel allein unterwegs. Zustimmung zu ihrem Bauern- und Arbeiter-

Deshalb wurde von einer Aktionseinheit aller Werktätigen gesprochen, um endlich eine solche Bändigung zu erreichen.

Ich aber frage: Wozu und wohin sollte eine solche Bändigung führen? Dazu, daß uns die Errungenschaften eines Bauern- und Arbeiterstaates zuteil werden; dazu, daß auch wir Arbeiter und Gewerkschafter Staatspläne erfüllen dürfen; dazu, daß wir mithelfen, den Stacheldrahtverhau jenseits des Rheins aufzubauen; dazu, daß wir Monopole entmachten, um diese gegen ein gefräßiges Staatsmonopol einzutauschen; dazu, daß wir unsere Kapitalisten enteignen, um dafür den Mehrwert unserer Arbeit dem Staate zuzuführen; dazu, daß wir unseren Mittelstand zerschlagen, um dann in lieblosen HO-Läden eine staatliche Zuteilung schlangestehend zu empfangen?

Wozu also, Herr Staatsratsvorsitzender?

Weil unsere Regierung kriegslüstern ist? Wer etwas Einblick in die wahren Machtverhältnisse besitzt, wird lächeln und sich die Rüstungsmacht der Sowjetunion vorstellen.

Um Notstandsgesetze zu verhindern? Ich bin überzeugt, daß unser Staat mit Notstandsgesetzen noch nicht halb so gut abgesichert sein wird wie die DDR ohne Notstandsgesetz.

So fragwürdig die Machtausübung der bei uns herrschenden Klassen auch sein mag, sie erscheint mir heute, nach einem Besuch der DDR, unendlich viel sinnvoller, gerechter und vernünftiger als eine Diktatur des Proletariats.

Welche Möglichkeiten der Verständigung bleiben uns? Die DDR sucht Anerkennung, die Bundesrepublik lehnt sie ab. Dies ist eine hochpolitische Frage, die nicht wir Arbeiter zu entscheiden

haben, auch nicht entscheiden wollen. Aber wenn Sie, Herr Staatsratsvorsitzender, so sehr um eine Verständigung besorgt sind, so unterwandern Sie doch die Ablehnung unserer Regierung. Verständigung zu wollen, genügt nicht, wenn man die Macht besitzt, Verständigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Und solche Möglichkeiten gibt es mehr als genug. Schaffen Sie Freizügigkeit, lassen Sie den

Bürger Ihres Staates unbehindert die Verständigung mit unseren Bürgern suchen, laßt uns unbehindert und frei zu den Bürgern Ihres Staates reisen. Mir ist nicht bang um eine Verständigung! Dies wäre ein Programm des guten Willens und der Vernunft. Solange Sie aber Ihre Bürger einschließen, solange Stacheldraht die Arbeiter trennt, solange werden alle Ihre Bemühungen nach Verständigung unglaublich, als Hohn empfunden werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung Roelef Lok



Wer bewacht wen?

Paul Flora (DIE ZEIT)

Für mich als Gewerkschafter war die brennendste Frage: Welche Rolle spielt der FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) in diesem Staate? Ist er wirklich der verlängerte Arm der SED?

Ich konnte feststellen: sämtliche Funktionäre trugen das Parteiabzeichen; die Aufgaben des FDGB decken sich eindeutig mit den Zielen der SED... Indem sich der FDGB mit der SED gleichsetzt, wird er notwendig zur Staatsgewerkschaft. Da indes der Staat als Monopolunternehmer auftritt, muß ebenso logisch die Staatsgewerkschaft ein Machtmittel zugunsten der Staatsmonopole sein. Der FDGB erschöpft sich vornehmlich darin, die Planvorstellungen des Staates zu verwirklichen; der FDGB kämpft nicht als Berufsvertretung für möglichst günstige Arbeits- und Lohnbedingungen, sondern er plant die Arbeitskraft seiner Mitglieder in die vom Staat — sprich Unternehmer — geforderten Produktionspläne ein. Mit Zustimmung des FDGB wird der Lohnanteil der Arbeitnehmer von einem jährlich vor auszuplanenden Produktionsergebnis abhängig gemacht. Dieser Lohnanteil jedoch ist, unabhängig von der Arbeitsleistung, einem enormen Betriebsrisiko ausgesetzt, weil die Prämiensatzung zum Grundlohn von der Planung abhängig ist.

Die Lasten einer unerfüllten Planung tragen also die Arbeitnehmer, gleichgültig wie tüchtig und fleißig diese sind.

Ich habe mehrere ältere Arbeiter eingehend befragt, was sich für sie geändert habe, nach der Weimarer Zeit, nach Hitler und jetzt im sozialistischen Staat. Es wurden mir mehr oder weniger bedeutungslose Änderungen genannt, zweifellos Fortschritte, aber keine, die sich eindeutig

terstaat fand ich nahezu keine, vor allem die Jugend war sehr ablehnend und offen. Niemand war bereit, die Begründungen des Staatsratsvorsitzenden zur Grenzsicherung (gemeint ist die Mauer in Berlin; Anm. d. Red.) zu akzeptieren, sie höhnten und lächelten nur. Ein Bürger Ihres Staates, Herr Staatsratsvorsitzender, sagte mir: „Zweifelloos ist die DDR kein Zuchthaus, wie man bei Euch diesen Staat benennt, sie ist auch kein Gefängnis, aber sie ist eine perfekte Sicherungsverwahrungsanstalt.“

Eine Bürgerin, berufstätig und Mutter, klagte mir: „Wissen Sie, man kann vieles ertragen und auf manches verzichten, aber daß wir nun schon 20 Jahre Schlange stehen müssen, um das Notwendigste zu erhalten, das zermüht uns, macht uns hoffnungslos und verzweifelt.“

Ich weigere mich, Herr Staatsratsvorsitzender, zu glauben, ich hätte nun die angeblich wenigen Querulanten getroffen.

Der Wortlaut Ihrer Rede aus dem „Neuen Deutschland“ vom 13. März liegt vor mir. Ich will nur kurz einige Ausführungen betrachten. Sie behaupten, die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR sei jener der Bundesrepublik um viele Jahrzehnte voraus. Ich habe davon nichts feststellen können.

Sie sagten: Wer ja sagt zur Rüstung, der sagt nein zum sozialistischen Fortschritt. Ich frage: Und die Rüstung der Sowjetunion und der DDR? Oder wird hier gleiches mit verschiedenen Maßstäben gemessen?

Sie sprachen viel von einer Bedrohung durch Revanchepolitiker, durch Ultras und Hitlergeneräle, und daß wir Arbeiter es versäumt hätten, diese Herren in eine Zwangsjacke zu stecken.

Atomstrom auch für uns

Fortsetzung von Seite 11

mal „konventionell“ sein wird und statt dessen der Weg der Kernfusion beschritten wird, wobei der Rohstoff, nämlich das „Schwerwasser“ (Deuterium), gewissermaßen unbegrenzt im Meer liegt und außerdem auch die Elektrizitätserzeugung direkt, das heißt ohne den Umweg über Wärme, erfolgen kann. Diese Kernverschmelzung ist bisher nur bei der Wasserstoffbombe praktisch erprobt; dagegen hat man immer noch keinen gangbaren Weg für die wirtschaftliche Nutzung einer kontrollierten Kernfusion in Reaktoren gefunden. Auch die Brüsseler EURATOM-Leute, die eigentlich schon von Amts wegen optimistisch sein müssen, stecken bei dieser Zukunftsvision sehr zurück: Bis das Problem der Kernfusion so gelöst ist, daß man bei der Elektrizitätserzeugung dieses Verfahren statt der Kernspaltung anwenden kann, werden wir wohl das Jahr 2000 abwarten müssen... Wenn überhaupt!



▲ Das fahrende Hüttenpostamt: Post sortieren unterwegs

Henrichshütte

Werkspost jetzt motorisiert

**Zustellung des
innerwerklichen
Postverkehrs
wurde rationalisiert**



Postzentrale „Schriftgutstelle“ ▲ und Postzustellung im Betrieb ▼

Genau um 7 Uhr 35 am 16. April schaltete der Werksbote Wilh. Grumm in den ersten Gang, gab Gas, und „ab ging die Post“ – im wahren Sinne des Wortes; es handelte sich um den Beginn der ersten offiziellen Tour der von nun an motorisierten Werkspost der Henrichshütte. Das Fahrzeug, ein gelb gespritzter Kasten-transporter der Marke „Rapid“ der Tempo-Werke GmbH, einer Schwestergesellschaft im Rhein Stahl-Konzern (mit der weithin sichtbaren Aufschrift „Werkspost“), wurde von der Schreinerei der Hütte speziell für die Beförderung der Werkspost um- und ausgebaut: hinter dem Fahrersitz ist ein Stuhl für den Postsortierer H. Faber derart aufgestellt, daß er von hier aus während der genau 56 Minuten währenden 5 km langen „Posttour“ die von den 3 Hauptverteilern und 17 Sammelstellen eingelieferte Post sofort sortieren und in die mit „Postleitzahlen“ und Kennfarben markierten Postkästen im Wagen ablegen kann. Es ist also möglich, daß Postsachen, die z. B. auf der

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 22





Rhein Stahl-Fahrsteig: Erprobung des „rollenden Bürgersteigs“ durch Gen.-Dir. Söhngen (rechts)

Hannover-Messe 1963

Interessante Ruhrstahl-Erzeugnisse auf dem Rhein Stahl-Stand

Die 17. Deutsche Industriemesse in Hannover – größer und imposanter denn je – wurde am 28. April von Bundespräsident Lübke in der Stadthalle feierlich eröffnet. In seiner Ansprache fehlte es nicht an Mahnungen an die Tarifpartner, aber auch an die öffentliche Hand, alles dafür zu tun, die im Konkurrenzkampf mit dem Ausland schwer ringende deutsche Wirtschaft wettbewerbsfähig zu erhalten. „Wir sitzen alle in einem Boot“, meinte der um die Wohlfahrt unseres Volkes besorgte Bundespräsident. Schwere Schatten der Ungewißheit warfen zudem die drohenden Streiks der Metallindustrie in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen auf den Beginn des Messegesehens. Der erste Eindruck des gedämpften Optimismus wurde durch das am Eröffnungstage herrschende schlechte Wetter noch verstärkt.

Und dennoch: Es war wieder eine „Messe der Superlative“, für viele Fachleute aus aller Welt eine „technische Offenbarung“, für die Einkäufer das wohl „größartigste Schaufenster“ der industriellen Welt.

Traditionsgemäß sind die Investitionsgüterindustrie und die Elektroindustrie in Hannover am stärksten vertreten. Entsprechend stark waren denn auch die Akzente, die die Ausstellungsstücke dieser beiden gewichtigen, in manchen bereits eng miteinander verzahnten Industriezweige dem gesamten Messegesehen setzten. Ein Spaziergang entlang der „Stahlstraße“ oder durch die Hallen der Werkzeugindustrie versetzten den Messebesucher in ein technisches Wunderland von nicht mehr überschaubarer Vielfalt der oft überschweren Maschinen und Geräte. Um noch vieles geheimnisvoller und komplizierter geht es in den Hallen der Elektro- und vor allem der Elektronentechnik zu.

*

Wieder hat die Zahl der Messeaussteller zugenommen: 5707 Firmen waren 1963 auf der um weitere 25 000 Quadratmeter auf 590 000 Quadratmeter angewachsenen Ausstellungsfläche vertreten; aus 26 ausländischen Staaten waren 1283 Ausstellerfirmen nach Hannover gekommen, doppelt soviel wie vor fünf Jahren.

Und dennoch, trotz aller Vielfalt des Angebots, trotz des regen Interesses der in- und ausländischen technischen Experten und Einkäufer, an den in 21 Hallen, 3 Messehäusern und dem weitläufigen Freigelände dargebotenen Erzeugnissen fast sämtlicher Industriebranchen fehlte der große Schwung, fehlte der in den letzten Jahren übliche Konjunkturauftrieb, der erst wirklich Leben in das Messegeschäft bringt.

Besonders die Investitionsgüterindustrie – also die Eisen- und Stahlindustrie – verhehlte nicht ihre Sorgen über die Konjunktorentwicklung, die auf allen Märkten einen harten Konkurrenzkampf mit sich bringt. Die allgemeine Unsicherheit über Dauer und Umfang der Metallarbeiterstreiks brachte ein zusätzliches Element der Besorgnis in die Geschäftsgespräche. Den Vorteil hatten zahlreiche ausländische Aussteller.

Dennoch waren wieder, wie in allen früheren Jahren auch, zahlreiche ausländische Wirtschaftsdelegationen aus West und Ost Gesprächspartner deutscher Ausstellerfirmen. Aus den Entwicklungsländern kamen vielfach bereits Fachleute, die sich an Hand des konzentrierten Angebots auf der Hannover-Messe einen vorzüglichen Überblick über den technischen Stand und die Leistungsfähigkeit der europäischen Investitionsgüterindustrien zu verschaffen wußten. Die Besucher aus Afrika oder Asien sind heute in zunehmendem Maß Kunden, mit denen man rechnen muß.

*

Natürlich war der charakteristische Rhein Stahl-Pavillon auf dem Freigelände an der Stahlstraße wieder Treffpunkt für zahlreiche Kunden und Delegationen aus dem In- und Ausland. Gäste aus Fernost, aus der Sowjetunion – darunter Botschafter Smirnow –, aus Afrika und

vielen Ländern der westlichen Welt besichtigten während der Messetage (28. April bis 7. Mai) nicht nur die rund um den Rhein Stahl-Pavillon aufgebauten Erzeugnisse von 17 Rhein Stahl-Unternehmen, sie führten auch mit leitenden Herren der Rhein Stahl-Verwaltung und der Rhein Stahl-Tochtergesellschaften ausführliche Informationsgespräche. Manches künftige Geschäft konnte hier angebahnt werden.

Schon bald nach Messeeröffnung – am 28. April – unterzog Rhein Stahl-Generaldirektor Söhngen in Begleitung seiner Vorstands-kollegen Schmitz, Dr. Eggemann und Schoenberg den Rhein Stahl-Messestand einer eingehenden und durchaus kritischen Besichtigung. Der Aufbau eines repräsentativen Messestandes ist mit enormen Kosten verbunden. Für unnötige Ausstellungsstücke kann da kein Platz sein.

*

Selbstverständlich war auch Ruhrstahl wieder mit einem eindrucksvollen Angebot – 19 gewichtige Ausstellungsstücke – aus den Betrieben der Henrichshütte vertreten: Für den Hütten- und Walzwerksbau bot Ruhrstahl an: eine 55 t schwere Stützwalze für ein Warmbreitband-Walzwerk und ein Duo-Kaltwalzen... aus hochlegiertem Walzen-Sonderstahl sowie ein Lamellenlasthaken von 10 t Gewicht; für Unternehmen der Energieversorgung waren bestimmt: eine 35 t schwere geschmiedete Turbinenwelle, ein Niederdruck-Turbinenläufer für eine Dampfturbogruppe mit Kellen und ein 44 t schwerer Jochring, geschmiedet aus einem Stück, bestimmt für den Generator des Wasserkraftwerkes Koyna II in Indien; für den Schwermaschinenbau war eines der schwersten Rhein Stahl-Ausstellungsstücke bestimmt: ein 70 t schwerer Unterholm aus Eisenguß für eine Tiefziehpresse; für den Schiffmaschinenbau zeigte Ruhrstahl einen Stahlgußhub mit angeschraubten Kammhaltern für eine halbgebaute Kurbelwelle, einen vierflügeligen Schiffspropeller aus Eisenguß und gepreßte Knickschottprofile; für die Chemietechnik schließlich bot Ruhrstahl an: einen Reaktordruckmantel in Mehrlagenausführung. Diese nach Bauart A. O. Smith gebauten Hochdruckbehälter aus Schüssen beliebiger Längen sind den Verfahrensbedingungen der Hochdrucktechnik angepaßt. Die Schüsse werden auf der Baustelle durch Rundnähte verschweißt, wodurch sich Transport und Montage weitgehend vereinfachen lassen. Gezeigt wurden ferner ein 26 mm starkes gepreßtes Segmentblech für einen kugelförmigen Druckbehälter von 9 m Kugeldurchmesser sowie das Viertelsegment eines Klöpperbodens von 5 m Durchmesser und 12 mm Wandstärke.

Besonders publikumswirksam war wiederum das Angebot der Rhein Stahl Hanomag AG, die – wie in jedem Jahr – eine große Auswahl aus dem Lader- und Planieraupenprogramm vorführte. Besonders die Bauindustrie zeigte hierfür lebhaftes Interesse. Himmelwärts ragten die P.-u.-H.-Autokrane der Rhein Stahl Union Brückenbau AG, Dortmund, die auch mit überschweren Raupenbaggern Aufsehen erregte.

Es würde zu weit führen, wollte man sämtliche Ausstellungsstücke der auf dem Rhein Stahl-Stand vertretenen Tochtergesellschaften aufzählen. Festzustellen bleibt, daß jeder Besucher dieses Standes beeindruckt war von der technischen Vielfalt des Rhein Stahl-Angebots.

Eine Attraktion besonderer Art waren die zwei Fahrsteige – 88 m und 57 m lang – der Rhein Stahl Hamburg Stahlbau Eggers & F. R. Kehr-hahn GmbH, Hamburg, die am Messeausgang Nord 1 in Betrieb genommen wurden. Ehrensache, daß Gen.-Dir. Söhngen und seine Begleitung trotz strömenden Regens den „rollenden Bürgersteig“ erprobten. Die Fahrsteige vermögen stündlich rund 12 000 Personen in gemächlichem Fußgängertempo an die Ausstellungshallen heranzuführen.



▲ Rheinstahl-Pavillon aus der Vogelperspektive: Repräsentanz unter dem Rheinstahl-Bogen

▼ Interessierter Messebesucher bei Rheinstahl

Die Hannover-Messe ist indes nicht nur ein Schaufenster industrieller Leistungskraft, sondern zugleich auch in zunehmendem Maß Anlaß für wirtschaftspolitische Demonstrationen auf höchster Ebene. Wir denken hier an die immer mehr zur Tradition werdenden Wirtschaftstage. Das Thema hieß in diesem Jahr „Europa“: Bundeswirtschaftsminister Erhard, der britische Europaminister Heath und der OEEC-Generalsekretär Prof. Kristensen sowie der spanische Industrieminister Dr. Bravo sprachen am 3. Mai auf dem Europa-Wirtschaftstag zum Thema „Der industrielle Großmarkt in Europa“ sowie über das nicht minder wichtige Thema „Fortführung der europäischen Integration“. Zehn europäische Wirtschaftsminister der EWG- und der EFTA-Länder waren Gäste dieser Veranstaltung, deren Tenor unüberhörbar lautete: Großbritannien gehört zu Europa.

Die Europaminister waren sich ebenso wie die führenden Industriellen in Hannover darüber einig, daß es eine Blockbildung – hie EWG – hie EFTA – nicht geben dürfe. Auf einer Industriemesse, wie sie die Hannover-Messe

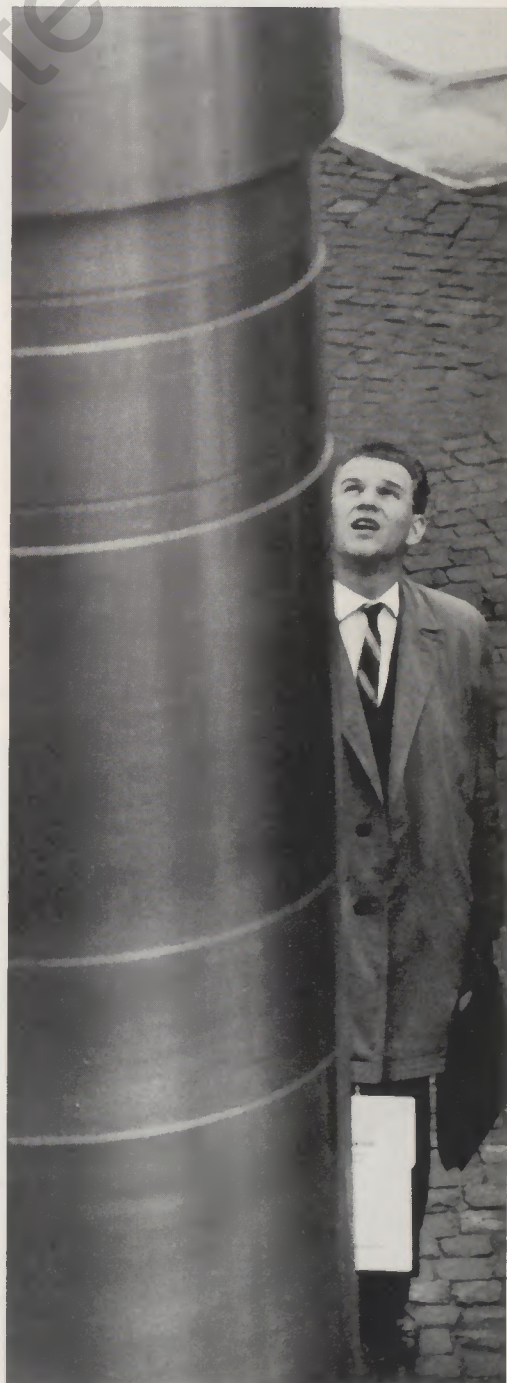
darstellt, wird sinnfällig, wie sehr wir auf eine internationale Arbeitsteilung hinsteuern müssen. Hier – wo Maschinen aus allen Ländern im Wettbewerb nebeneinanderstehen, so als gäbe es für sie keine Grenzen und keine Nationalitätenunterschiede mehr – wird die Bedeutung des Wortes „Europäischer Markt“ besonders einprägsam, mutet doch die Unterscheidung nach Ländern oder Wirtschaftsblöcken gestrig – und damit überholt an.

Ernst von Siemens sagte in seiner Messe-Eröffnungsansprache als Sprecher der Industrie unter starkem Beifall: „Unter den heutigen Daseinsbedingungen gehört Großbritannien mehr denn je zu Europa. Es bedarf unser ebenso, wie wir seiner bedürfen.“ Und ein Sprecher der mit immerhin 124 Ausstellern in Hannover vertretenen österreichischen Industrie stellte fest: „Hannover ist wie kaum ein anderes Wirtschaftszentrum geeignet, das Denken im großen Raum, das uns Europäern erst in den letzten Jahren geläufig geworden ist, zu wecken und zu beflügeln.“

(*) v. r. n. l.: Dir. Schmitz, Gen.-Dir. Söhngen, Dir. Schoeneberg

Messerundfahrt des Bundespräsidenten

Rheinstahl-Vorstände*) auf dem Messestand



Betriebsratswahlen 1963

Gute Wahlbeteiligung in allen Ruhrstahl-Werken

Nach den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes sind in allen Betrieben mit fünf oder mehr Mitarbeitern alle zwei Jahre Wahlen zum Betriebsrat vorzunehmen. In diesem Frühjahr war es wieder soweit: die Mitarbeiter der drei Ruhrstahl-Werke und der Verwaltung Witten wählten Ende März (Annen, Brackwede) bzw. Mitte April (Henrichshütte, Verwaltung) jene Kollegen aus ihrer Mitte in die Betriebsräte, von denen sie eine tatkräftige Vertretung ihrer sozialen Interessen gegenüber Werksleitungen und Vorstand erwarten. Die neuen Betriebs-

räte, die sich inzwischen bereits sämtlich konstituiert haben, werden nun in den kommenden zwei Jahren beweisen müssen, ob das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt war.

*

Sieht man sich die Zusammensetzung der Betriebsräte an (vgl. Beilage zu WZ 3/4 und 5/63), so stellt man fest, daß sich gegenüber 1961 nur verhältnismäßig wenig geändert hat: Zu Betriebsratsvorsitzern sind erneut die schon bewährten Kollegen Peter Hemb (Henrichshütte), Heinrich Hahne (Annen), Kraft Behrens (Brackwede) und Fritz Weide (Verwaltung) auf den konstituierenden Betriebsratssitzungen gewählt worden.

Die Wahlperiode von zwei Jahren ist relativ kurz; vieles, was in dieser Zeit begonnen wurde, konnte bis zur Neuwahl nicht abgeschlossen werden. Um so wichtiger ist deshalb, daß eine gewisse Kontinuität in der Führung des jeweiligen Betriebsrats gewährt bleibt – jedenfalls über einige Wahlperioden hinweg. Denn was für die große Politik gilt, hat auch Gültigkeit für die Betriebsratspolitik: viele Probleme, die zum täglichen Brot der Betriebsräte gehören, lassen sich nicht von heute auf morgen lösen; die Betriebsratsvorsitzer als Gesprächspartner der Werksleitungen und des Vorstandes müssen bei jenen überdies oft in mühsamer Kleinarbeit jenes Maß an Vertrauen aufbauen, das allein zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit führt und das ein Kapital darstellt, das man nur schwer alle zwei Jahre neu erwerben kann.

Natürlich hat es in den Betriebsräten manchen Wechsel gegeben: in den Betriebsversammlungen, die den Wahlen vorausgingen, wurde der eine oder andere von seinen Kollegen nicht mehr für den Betriebsrat nominiert. Einige altbewährte Betriebsräte haben von sich aus auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Gewiß, es ging – besonders bei einigen Betriebsversammlungen auf der Hütte – mitunter recht heftig zu. Aber es gehört nun einmal zu den Spielregeln einer Demokratie, daß, wer sich öffentlich zur Wahl stellt, Rede und Antwort zu stehen hat, daß er von seinen Wählern mitunter unbarmherzig „durchleuchtet“ wird. Die Betriebe kennen ihre „Pappenheimer“. Da hat niemand Chancen, der nur schöne Reden halten kann...

Indes, auch jene Kollegen, die sich schon – verschiedentlich über mehrere Wahlperioden hinweg – als Betriebsräte qualifiziert hatten, blieben nicht immer verschont von handfester Kritik. Und einige von ihnen fielen bereits als Kandidaten durch...

In allen Ruhrstahl-Werken und in der Verwaltung hatten sich die Mitarbeiter wieder – verschiedentlich nicht ohne Diskussion – zur Gemeinschaftswahl (Arbeiter und Angestellte auf einer Liste) bekannt. Während indes in Annen und Brackwede das „Mehrheitswahlrecht“ zum Zuge kam – also eine Auswahl unter den namentlich auf dem Wahlzettel aufgeführten Kandidaten möglich war – wurden auf der Hütte und bei der Verwaltung Witten „Listenvahlen“ durchgeführt. Auf der Hütte hatten CGD (Liste 1) und IG Metall (Liste 2) jeweils ihre beiden Spitzenkandidaten auf dem Wahlzettel vermerkt. Die DAG verzichtete – wenn gleich unter z. T. nicht besonders feiner Begleitmusik – auf eine eigene Liste. Bei der Verwaltung bewarben sich IG Metall (Liste 1) und DAG (Liste 2) um die Stimmen der Wähler.

*

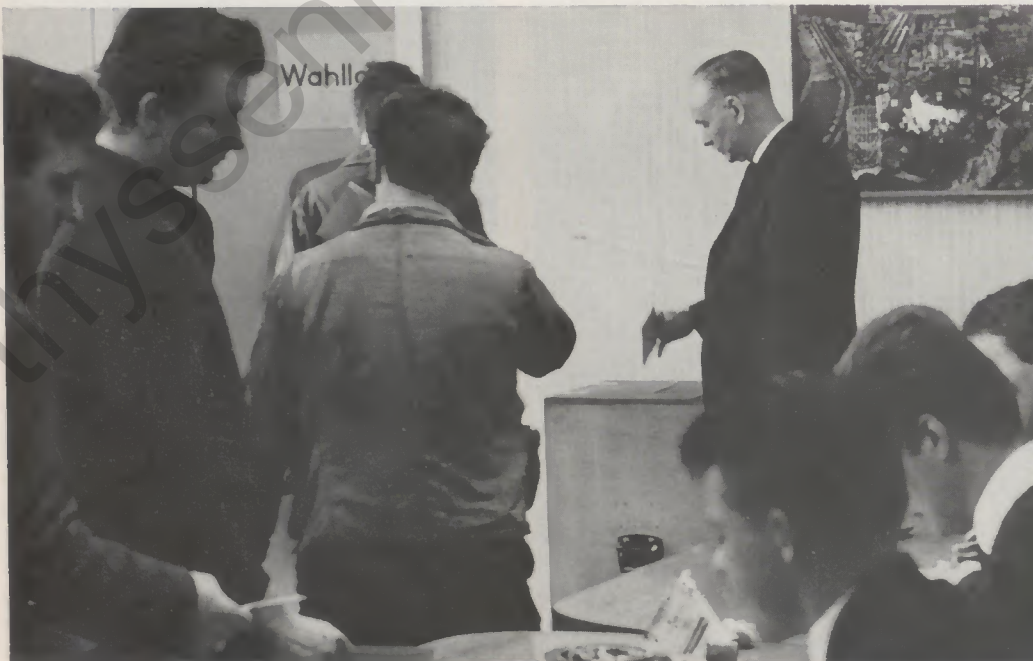
Die Betriebsratswahlen bringen naturgemäß stets eine Menge organisatorischer Vorbereitungen mit sich. Die Wahlvorstände können davon ein Lied singen, besonders die der Henrichshütte.

Die Betriebsratswahlen auf der Henrichshütte sind jedesmal eine viertägige Großaktion. Von morgens um fünf bis nachmittags um 17 Uhr war das Wahllokal – der Sitzungssaal neben dem Betriebsratsbüro – geöffnet. Die Mitglieder des Wahlvorstandes Lanzke und Mülder mußten während der ganzen Zeit – wie es Vorschrift ist – im Wahllokal anwesend sein, damit keine Unregelmäßigkeiten bei der Wahl vorkommen konnten. Wahlvorstands-Vorsitzer Vogt trug diesmal die Last der Verantwortung für das gesamte Wahlgeschehen. Drei Wahlhelfer hatten – besonders während der Schichtwechselzeiten – alle Hände voll zu tun, um die Wähler in den Wählerlisten abzuheften. Zeitweilig bildeten sich Wählerschlangen, die nur langsam auf die acht hölzernen Wahlzellen zurücktraten.

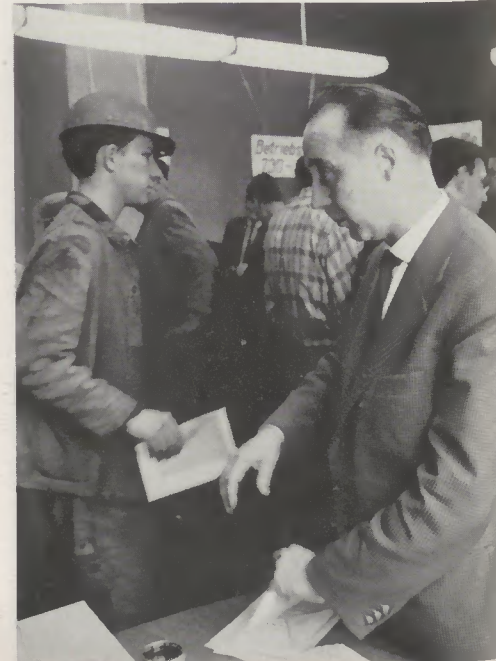
Am 19. April um 17 Uhr wurde der letzte Wahlzettel in die versiegelte Urne gesteckt: 7694 Mitarbeiter der Henrichshütte – von 9583 Wahlberechtigten – hatten in den vier Tagen ihrer Wahlpflicht genügt; das waren 80,2 % (Beteiligung der Wahlberechtigten 9649 Mitarbeiter an den BR-Wahlen 1961: 79,3 %).

Am Samstag, dem 20. April, wurden unter Aufsicht des Wahlvorstandes und unter Mithilfe neugieriger BR-Kandidaten die Stimmen ausgezählt. Gegen Mittag war es geschafft. „Demnächst werden wir hier auf der Hütte – zentral für den gesamten Rheinstahl-Konzern – die Auswertung der in den Werken und Zechen

An der Wahlurne der Henrichshütte: Wahlvorstand Mülder (r.) und Wähler



Ausgabe der Stimmzettel: Wahlvorstand Lanzke





Hochbetrieb im Wahllokal der Henrichshütte: Alle zwei Jahre Wahl eines neuen Betriebsrats

durchgeführten Wahlmänner-Wahl für den Rheinstahl-Aufsichtsrat durchführen. Das gibt noch eine Menge Arbeit“, vertraute uns ein Wahlvorstand an, und er seufzte ein wenig.

Das kann man verstehen, wenn man bedenkt, daß die rund 85 000 Rheinstahl-Mitarbeiter insgesamt 600 Wahlmänner wählen müssen, die ihrerseits im Juni vier Arbeiter und zwei Angestellte aus dem Rheinstahl-Konzern wählen müssen, die dann als Arbeitnehmervertreter in den Rheinstahl-Aufsichtsrat entsandt werden

sollen, der nach Ablauf der zweijährigen Amtszeit auf der diesjährigen Hauptversammlung wieder neu gewählt werden muß.

*

Die Betriebsratswahlen 1963 sind vorüber. Die Konstituierung der Betriebsräte brachte neben der Wahl der Vorsitz und ihrer Stellvertreter die Bildung der Ausschüsse und Kommissionen. Die neuen Betriebsräte sind also – schon seit einigen Wochen – funktionsfähig.

Die Wahlen bedeuteten kaum eine Unter-

brechung der Tagesarbeit, wenngleich die Wochen vor den Wahlen stets unter dem Zeichen dieses Ereignisses stehen. Das ist bei jeder Wahl so, die – wird sie nach demokratischen Regeln durchgeführt – immer gewisse Überraschungen mit sich bringen kann. Der Wähler, der in freier, geheimer und unabhängiger Wahl sein Kreuz hinter Namen oder Listen setzt, ist kritisch und unbestechlich in seinem Votum. Er mag sich für das Bewährte entscheiden, aber er kann auch dem „Experiment“ den Vorzug geben.

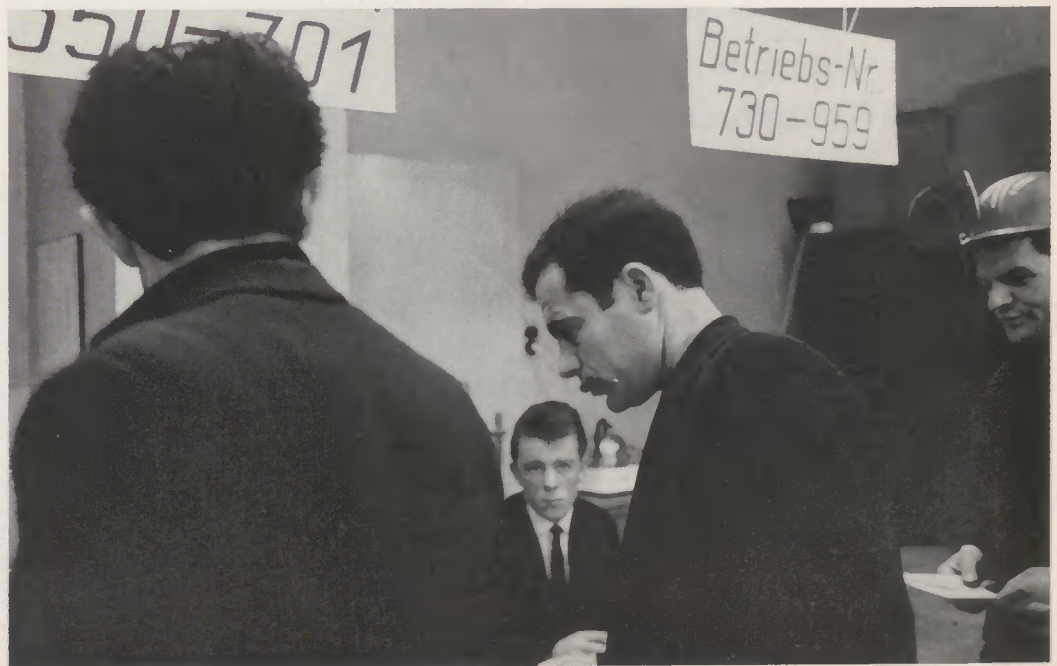
Gleichberechtigte Kollegen: Auch unsere ausländischen Mitarbeiter wählen mit

Die Betriebsratswahlen in Zahlen

Werk	Wahlberechtigten waren (Blm)	Es haben gewählt (Blm)	% der Wahlberechtigten	Zahl der BR-Mitglieder	Wahldatum
Henrichshütte	9 583	7 694	80,2	27	16./19. 4.
Annen	1 914	1 555	81,2	17	26./27. 3.
Brackwede	1 710	1 293	75,3	15*	27./28. 3.
Verwaltung	282	213	75,5	7	17. 4.
Summe	13 489	10 755	78,1	66	–

* Infolge der gegenüber 1961 erhöhten Zahl der Mitarbeiter wurde 1963 die Zahl der Betriebsrats-Mandate von 13 auf 15 erhöht.

Während in den Werken Annen und Brackwede die Betriebsratswahlen nach dem Prinzip des Mehrheitswahlrechts (Persönlichkeitswahl) durchgeführt wurden, entschied man sich auf der Henrichshütte und bei der Verwaltung Witten für die Listenwahl.





Er kam überhaupt nicht mehr heim: Einer von jährlich etwa 14 000 westdeutschen Verkehrstoten

Verkehr

Der Kraftfahrer und das Gesetz

Ein Ausflug ins Recht
des Kraftfahrers

Einige wichtige
Abschnitte aus dem
Paragraphendschungel
des Verkehrsrechts,
zusammengestellt
und erläutert
von Heinz W. Peters

Vom Montageband bis zum Schrottplatz, von der ersten Sekunde mit klopfendem Herzen am Steuer des Fahrschulwagens bis zu den Stufen des Gerichts, des Finanzamtes — alles, aber auch alles hat Vater Staat erschöpfend für seinen motorbeflissenen Bürger geregelt, so erschöpfend, daß aus den ersten primitiven Anfängen von Anno dazumal heute ein gewaltiges Rechtsgebäude für das Recht des Kraftfahrers entstanden ist, manchmal fast ein Labyrinth oder eine Katakombe. Ist man erst einmal durch seinen Eingang gegangen, so wandelt man sein ganzes motorisiertes Leben darin und kann froh sein, wenn man später den Ausgang von allein wiederfindet und nicht dazu der Begleitung eines Rechtsanwaltes oder eines Polizeibeamten bedarf.

Mit ein paar Verkehrsregeln ist es bei weitem nicht getan, sondern es gibt eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen, die alle irgendwie in unser Leben mit dem Motor eingreifen, die fast alle ihre Strafbestimmungen haben, so daß wir eigentlich nur noch mit einem Bein im Auto sitzen, mit dem anderen schon vor Gericht — und zum Fahren brauchen wir doch nun mal beide ...

*

Da ist — ziemlich im verborgenen — das Straßen-Verkehrs-Gesetz, abgekürzt StVG mit nur 27 Paragraphen. Aber einige haben es in sich und verdienen, mit einem Sucher etwas genauer beleuchtete zu werden. Dieses StVG gibt einen ganz allgemein gehaltenen Rahmen über die Verkehrsvorschriften, enthält in §§ 6 und 6a die Grundsätze über die Verkehrssünder-Kartei, behandelt dann in 11 Paragraphen Haftpflichtfragen, und dann finden wir unter Abs. III — Strafen — den § 23, der bis zu 10 000 DM Geldstrafe und Gefängnis bis zu 2 Monaten Fahrer und Halter von Kraftfahrzeugen bestrafen läßt, die nicht zugelassen sind. Und die gleiche Strafe trifft den, der ein Kfz ohne Führerschein fährt oder wer jemanden ans Steuer läßt, der keinen Führerschein hat. Und das sollte gerade den Kavalieren unter uns zu denken geben, die mal ganz fix ihre kleine Freundin ans Steuer lassen, obwohl sie noch keinen Führerschein besitzt, eben nur so mal, aus Freundschaft — das kann sehr teuer werden!

Und dann kommt die Straßen-Verkehrs-Zulassungsordnung, StVZO genannt. Auch sie dürfte den wenigstens Kraftfahrern bekannt oder auch nur ein Begriff sein, obgleich sie ganz außerordentlich in alle mit dem Motor zusammenhängende Dinge eingreift.

Sie hat 74 Paragraphen und definiert in § 1 das Recht jedermanns, am Verkehr auf öffentlichen Straßen zugelassen zu sein. Umgekehrt gibt es für nichtöffentliche Straßen, und das sind Privatwege, Auffahrten in Grundstücken, Garagenplätze am eigenen Haus, Übungsgelände in Privatbesitz für Kraftfahrer-Säuglinge die unbeschränkte Möglichkeit, ein Kraftfahrzeug auch ohne besondere Zulassung, sprich Führerschein, zu benutzen. Über den Führerschein, seine Klasseneinteilung, seinen Erwerb, Prüfung usw. handeln die §§ 4—12. Dann kommen 2 Paragraphen über die Zentralkartei, Strafeintragung und Tilgung dieser Eintragungen. § 15b empfiehlt sich der Beachtung derer, die ihren Führerschein losgeworden sind; er handelt von der Entziehung der Fahrerlaubnis. Das folgende Kapitel der §§ 16 bis 29d ist der Zulassung der Fahrzeuge zum öffentlichen Verkehr gewidmet, und dann kommen Bau- und Betriebsvorschriften für die Fahrzeuge selbst, die bis ins einzelne gehend Bau und Zubehör beschreiben und festlegen. Motorsportfans seien auf den § 47, Schalldämpfer, verwiesen. Wer Schalldämpfer demontiert, zerstört die Zulassung seines Fahrzeuges und fährt dann mit einem nicht zugelassenen Fahrzeug. Die Folgen: § 23 StVG mit unter Umständen 2 Monaten Kittchen. Aber darüber haben wir schon „a.a.O.“ wie das so nett abgekürzt wird, am anderen Ort, geschrieben. Erwähnenswert ist noch der § 54 über Fahrtrichtungsanzeiger, weil ab 1. Juli 1962 alle Kraftfahrzeuge an den vorderen Blinkleuchten nur noch gelbes Licht zeigen dürfen.

*

Und nun erst kommt unsere Straßen-Verkehrs-Ordnung, StVO, mit 50 Paragraphen und dazu berufen, unser Leben im Verkehr gründlich zu regeln. Allen voran der Gummiparagraph 1 mit der berühmten Grundregel für das Verhalten im Straßenverkehr: „Jeder Teilnehmer ... hat sich so zu verhalten, daß kein anderer gefährdet, geschädigt oder mehr, als

nach Umständen vermeidbar, behindert oder belästigt wird.“ Und damit kann man eigentlich alles beweisen oder alles anklagen. Dann folgen Bestimmungen über Verkehrsregelung, Beschränkungen, Verkehrszeichen, Verkehrsunterricht für Sünder als Maßnahmen zur Hebung der Verkehrsdisziplin (§ 6) und dann in § 9 der nächste gefährliche Gummiparagraph über die Fahrgeschwindigkeit: „Der Fahrzeugführer hat die Fahrgeschwindigkeit so einzurichten, daß er jederzeit in der Lage ist, seinen Verpflichtungen im Verkehr Genüge zu leisten, und daß er das Fahrzeug nötigenfalls rechtzeitig anhalten kann. Das gilt besonders an unübersichtlichen Stellen und höhengleichen Bahnübergängen.“

Ausweichen, Überholen, Richtungs- und Haltezeichen, Warnsignale, Vorfahrt, das alles finden wir in der StVO. Halten, Parken, alle diese Begriffe des täglichen Lebens, haben hier ihren gesetzlichen Niederschlag. Auch von Radfahrern und Fußgängern, vom Reitverkehr und vom Treiben von Vieh handelt diese Verordnung, die ja keineswegs sich allein mit dem Kraftfahrer befaßt. Wichtig ist noch in den Schlußbestimmungen der § 48 über Sonderrechte der Bundeswehr, der Polizei, des Bundesgrenzschutzes, Feuerwehr, Zollgrenzschutz und Zollfahndung, „soweit dies zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dringend geboten ist“. Auch geschlossene motorisierte Verbände haben weitgehende Sonderrechte, so daß man sie fast den Polizei-Streifenwagen im Einsatz gleichstellen kann.

*

Neben diesen drei großen Gesetzen bzw. Verordnungen gibt es nun noch eine Fülle spezieller Verordnungen, die für bestimmte Berufszweige bestimmt sind. Da ist die Fahrlehrerverordnung oder das Fernstraßengesetz, zuständig auch für die Autobahnen, das umfangreiche Personenbeförderungsgesetz und die BOKraft, die Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr, parallel dazu die BOSTrab, die Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung. Dann das Güterkraftverkehrsgesetz. Interessant ist eine „Verordnung über die Überwachung von gewerbmäßig an Selbstfahrer zu vermietenden Personenkraftwagen und Kraft-rädern“, wonach Mietfahrzeuge nach jeweils drei Monaten überprüft werden müssen.

Eine umfangreiche **Garagenordnung** bestimmt in 65 Paragraphen den Garagenbau nach verschiedenen Gesichtspunkten. Dieser „Verordnung über Garagen und Einstellplätze“ verdanken wir auch die Schilder und Inschriften „Feuer und Rauchen polizeilich verboten!“ und „Vorsicht beim Laufenlassen der Motoren! Vergiftungs-gefahr!“ Und als letztes belehrt uns dann das Finanzamt mit seinem Kraftfahrzeugsteuergesetz. Dazwischen gibt es noch zahlreiche kleinere und größere Verordnungen, die hier gar nicht er-



Aus abschreckenden Beispielen soll man lernen

wähnt worden sind, eine Reihe internationaler Abmachungen, in denen der Internationale Führerschein, die Internationale Kfz-Zulassung und die internationalen Verkehrszeichen geschildert und festgelegt werden.

*

Man muß also wirklich — anerkennend? — sagen, daß der Kraftfahrer die Gesetzesmühle ganz schön in Bewegung gebracht hat. Nehmen wir hierzu nun noch die sinnverwirrende Vielfalt der obergerichtlichen Entscheidungen, niedergelegt in Kommentare von Lexikonformat (und -preis) dazu, so haben wir durch das Recht des Kraftfahrers einen schönen Querschnitt zusammengestellt. Die Maschen des Verkehrsrechts sind eng, und es sind deren viele, die darin hängenbleiben. Ein Vormittag im „Verkehrsgericht“ einer Großstadt bringt Ihnen mehr Jurisprudenz bei als 3 Semester Studium. Denken Sie an die „Maschen“, denken Sie an die Gummiparagraphen, denken Sie an Mutti und kommen Sie gut und sicher heim!

Praktische Unfallverhütung: Passanten hindern den betrunkenen Mopedfahrer an der Weiterfahrt



Werksarzt Die Akinetose

Die Bewegungsträgheit

Wir haben an dieser Stelle schon häufig vor der modernen Krankheit der Bewegungsträgheit gewarnt. Natürlich können wir heute im Zeitalter der Technik, des Zeitmangels, des Hastens und Jagens nicht auf Telefon, Pkw und andere Transport- und Nachrichtsmittel in Ausübung unseres Dienstes verzichten. Letzten Endes ist aber die Gesundheit unseres Körpers und unseres Geistes das höchste aller Erdengüter.

Es ist nicht unbedingt erforderlich, 500 oder 1000 Meter bis zum Werk mit dem Pkw zurückzulegen und die Parkplätze zu verstopfen, die den weiter entfernt wohnenden Belegschaftsmitgliedern reserviert bleiben müssen. Lifts, die in erster Linie für unsere Unfallverletzten und Gehbehinderten vorgesehen sind, sind dauernd durch plaudernde Lehrmädchen und neugierig schauende Jugendliche verstopft. Auf der Treppe begegnet man kaum einer Menschenseele.

Die Anträge, mit dem Pkw wegen Gehunfähigkeit bis an den Arbeitsplatz im Werksgelände zu fahren, nehmen lawinenartig zu. Bei Schwerbeschädigten ist ärztliches und betriebliches Verständnis eine Selbstverständlichkeit. Inhaber von Plattfüßen sollten neben ihren Stufen zu Hause auch die Stufen innerhalb des Werkes zurücklegen können. Die zunehmende Technisierung und Automation in Industrie, Technik und Wirtschaft wird uns vor noch nicht überschaubare Probleme stellen. Wenn die Maschine dem Menschen die Arbeit, die Elektronik die Steuerungs- und Denkvorgänge abnimmt, wie soll dann das psycho-physische Gleichgewicht, wie sollen gesunde Relationen zwischen Körper und Geist erhalten bleiben?!

*

Die Folgen der zunehmenden Bewegungsträgheit sind neben der schlechten Wirkung auf den körperlichen Gesamtzustand, auf das Herz- und Kreislaufsystem eine zunehmende Schrumpfung der Muskulatur. Fehlendes Training der Rückenmuskulatur hat zu einer erheblichen Zunahme der Bandscheibenschädigungen und anderer Erkrankungen geführt. Dabei bemüht sich die Technik noch obendrein, kleinste Muskeltätigkeiten beispielsweise beim Fahren und Sitzen im Pkw durch Rückenpolster und Sitzkissen zu verhüten. Die Zahl der Korsettträger wächst unaufhörlich. Dabei ist aktive Muskeltätigkeit die einzig richtige Vorbeugung gegen Erkrankungen des Muskel- und Skelettsystems. Ist erst eine Bandscheibenschädigung eingetreten, so ist es für aktives Muskeltraining zu spät und orthopädische Hilfen sind die notwendigen Folgen. Neben der zunehmenden Schrumpfung der Rückenmuskulatur — manche Arbeitsphysiologen halten eine weitgehende Entlastung der Wirbelsäule bei der Arbeit noch für einen wissenschaftlichen Fortschritt — ist bei manchen die erschreckende Erschlaffung der muskulären Bauchdecken mit der damit verbundenen Bildung von „Schlummerrollen“ und Verdauungsstörungen nicht nur ein Zeichen des Wohlstandes, sondern des Bewegungsmangels. Hier sollte die morgendliche Gymnastik, die körperliche Betätigung im — wenn vorhanden — Garten und der Sport noch wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Auch für die Älteren sollten größere Sportmöglichkeiten geschaffen werden. Die Sportverbände haben inzwischen die ersten Versuche in dieser Hinsicht gestartet. Auch Kegeln, natürlich als Sportkegeln und nicht als bierassoziiertes Gesellschaftskegeln ausgeübt, dürfte der Körperertüchtigung dienen.

Die Zunahme der Herzinfarkte, der Kreislaufstörungen und anderer Organerkrankungen ist nicht zuletzt auf die immer mehr um sich greifende Bewegungsträgheit zurückzuführen.

Dem sportlichen Impuls aus den Vereinigten Staaten, dem Kampf gegen die Geh- und Bewegungsträgheit, muß deshalb unsere ganz besondere Aufmerksamkeit gelten.

Dr. med. B. Gruß, Henrichshütte

Werkspost jetzt motorisiert

Fortsetzung von Seite 15

zweiten Tour um 8 Uhr 47 vom Stahlwerk abgegangen sind, bereits um 9 Uhr 22 in der Versuchsanstalt angeliefert werden.

Während früher sämtliche Werkspost erst über die Schriftgutstelle laufen mußte, wo sie sortiert und den 12 Boten zum Austragen gegeben wurde, ist der Postbus, dessen acht tägliche Touren jeweils an der alten Werksverwaltung (Schriftgutstelle) beginnen und enden, sozusagen eine fahrende Schriftgutstelle. Lediglich an den Hauptverteilern Schriftgutstelle, Preß- und Hammerwerk (Westfalahalle), Bürogebäude Walzwerk sowie an den Sammelstellen Versuchsanstalt und Belegschaftstrakt wird die dort zusammengelaufene Post von den dort stationierten Boten bzw. Mitarbeitern der Registratur vorsortiert.

„Spätestens nach einer Stunde müßte jedes Poststück, gleichgültig wo es werksintern aufgegeben wurde, an der für den Empfänger zuständigen Sammelstelle sein“, versicherte man uns bei der Abt. Allgem. Werksverwaltung, in deren Regie die Postmotorisierung mit allen ihr vorausgegangenen Schwierigkeiten lag. „Die acht Probetouren am 11. April haben uns gezeigt, daß der auf Minuten kalkulierte Fahrplan sogar noch einige „Luft“ enthält. Es kann ja immer mal Verzögerungen – etwa an Bahnübergängen – geben. Trotzdem soll der Plan eingehalten werden können.“

Sobald die Schriftgutstelle in das neue Verwaltungsgebäude umgezogen sein wird, wird sich das zunächst auf 21 Postleitzahlen ausgelegte Zustellsystem etwas ändern: einige Sammelpunkte werden wegfallen, andere werden dann – oder noch später – dazukommen. Das alte Verwaltungsgebäude wird eine Verteilerstelle; die Sinteranlage und der neue Kumpelbau werden nach Fertigstellung der zur Sinteranlage führenden Straße in den Zustell-

plan aufgenommen. Das gleiche gilt auch für die Postzustellung zum etwas abgelegenen Bereich des z. Z. im Bau befindlichen Linearbeschleunigers.

Was früher 12 Boten in je 1,5 Stunden schaffen mußten – jeder beladen mit einer 30 bis 40 Pfund schweren Tasche (eigentlich hätte man 14 Boten benötigt), schaffen nun acht Boten (einschließlich Postbus-Fahrer und Sortierer); außerdem stehen zwei weitere Boten als „Reserve“ zur Verfügung. „Der Rationalisierungseffekt ist in jeder Hinsicht erreicht“, meint man bei der Abt. Allgem. Werksverwaltung, „denn wir haben zwei Boten effektiv eingespart und zwei weitere werden gar nicht erst benötigt. Außerdem kann bei der motorisierten Postzustellung eine Ersparnis der Postumlaufzeit von z. T. mehreren Stunden erreicht werden.“

Auch für die Boten selbst – durchweg Invaliden – (sechs von ihnen sind armamputiert) ist die Arbeit wesentlich leichter geworden: sie brauchen nicht mehr durch Wind und Wetter ihre schweren Taschen zu schleppen, sondern sind an den Postverteilern stationiert. Die „Werkspostbeauftragten“ der Postsammelstellen in den Betrieben sind die Rechnungsbüros, sonst die Registratur-Abteilungen. Während der Postbusfahrer an jedem Sammelpunkt die Post abliefern bzw. Post abholt, verläßt der Sortierer nur an solchen Sammelpunkten seinen Platz im Bus, die „aufgesplittet“ sind, wie etwa Hochofenbetrieb/Maschinenbetrieb oder alte VA/Betriebsrat.

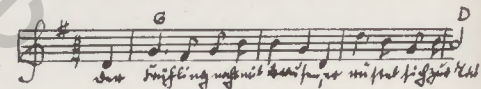
Man macht sich kaum eine Vorstellung von den auf der Heinrichshütte zu befördernden Postmengen: es gilt täglich rund 7000–10.000 Postsachen werksintern zuzustellen. Das Gesamtgewicht: bis zu 8 Zentner Post!

Daß diese Postmengen von nun an mit dem Kraftwagen und nicht mehr per pedes zugestellt werden können, ist – bedenkt man zudem die enorme Zeitersparnis – ein erfreulicher

Fortschritt. Zwar darf der Postbus nie schneller als 30 km/h auf dem Werksgelände fahren, aber er ist immer noch weitaus schneller als ein flotter Fußgänger – und er ist wetterunabhängig. Übrigens: der Postbus kann auch Personen befördern, allerdings nie mehr als drei. Der Sitz neben dem Fahrer muß frei bleiben. „Die Gefahr der Ablenkung durch Gespräche ist zu groß“, meint man bei der Abt. Allgem. Werksverwaltung, die auch das getestet hat. Einen letzten Hinweis gab man uns noch mit auf den Weg, im Interesse einer schnellen Postzustellung: wer bei Postsendungen vergißt, die „Postleitzahl“ anzugeben, muß mit einer verspäteten Zustellung rechnen, denn der Sortierer hat keine Zeit, während der Fahrt den Empfänger herauszusuchen. Das Poststück geht dann erst über die Schriftgutstelle.

Leserzuschrift

Auf der letzten Seite der Werkzeitschrift Nr. 3/4 schreiben Sie: Den unbekannten Verfasser der Redensart „Der Frühling naht mit Brausen...“ kann man heute nicht mehr fragen. Es handelt sich dabei weder um einen unbekannten Verfasser noch um eine Redensart, sondern um den Anfang des entzückenden Frühlingsliedes, das Karl Klingemann um 1835 dichtete und Felix Mendelssohn-Bartholdy etwa im gleichen Jahrzehnt vertonte. Wir singen es als eines unserer liebsten Frühlingslieder nach dem alten Wandervogel-Liederbuch. Bitte, stimmen Sie mit ein, und Sie werden überzeugt sein:



denn der Frühling ist nicht nur an neue Kleider, Hüte, Schuhe und Schmuck gebunden, sondern „Sang und Sonnenschein“ sind kostenlos da.

Freundliche Grüße,
Renate Elbing (Lippereihe über Bielefeld)

Die auf dem Gebiet des Volksliedes leider nicht sehr beschlagene Redaktion dankt der Brockweder Leserin für den freundlichen Hinweis.

Man schreibt uns

„Teenager“ und „Twens“ Rummel oder Problem?

Ein Thema, das alle jugendlichen
Ruhrstahler und ihre Eltern angeht

Die Worte „Teenager“ und „Twen“ sind heute allgemein übliche Redewendungen. Zu oft werden diese beiden Begriffe jedoch mit dem Ausdruck „Halbstarke“ zusammengebracht. Was ist also ein „Teenager“, was ist ein „Twen“ – und was ist ein sog. „Halbstarke“?

Zuerst einmal die Bedeutung des Wortes an sich: ein „Teenager“ ist ein Junge oder ein Mädchen (früher nannte man es „Backfisch“) im Alter von etwa 15–19 Jahren. Ein „Twen“ ist ein Junge oder ein Mädchen im Alter von 20–29 Jahren. Was ist dagegen nun ein „Halbstarke“? Unter einem Halbstarke stellt man sich einen Jungen vor, der engste Schlauchhosen trägt, ausgefranste Lederjacken, schief gelaufene Absätze und lange Haare hat; und mit einer Zigarette im Mundwinkel an einer Straßenecke herumlungert.

Ist nun das, was diese Jugend „veranstaltet“, Rummel oder ist es wirklich ein Problem?

Wenn man einmal durch die Straßen, Gaststätten und Milchbars geht, dann sieht man die Mädchen mit knielangen Röcken, mit Bürstenhaarschnitt oder Pferdemähnen, superblond oder schwarz; dunkel gefärbten Augenbrauen und -wimpern, dazu Pullover, die drei Nummern zu groß sind. Sie sitzen an einem Tisch – viele Mädchen – und doch alleine. Sie halten eine Zigarette in der Hand und sehen über ihr Milchglas hinweg traumverloren ins Leere. Jede denkt an etwas anderes. Manchmal begegnen sich ihre Blicke, sie lächeln einander zu, sagen etwas Belangloses – und starren wieder ins Leere!

So die einen.

Andere sitzen lebhaft gestikulierend und überlaut lachend beieinander, in der Hoffnung, auch ja den „tollen Boys“ aufzufallen. Das sind die Mädchen. Und die Jungen? Auch sie sitzen herum, prahlen, mit welchen „kessen

Bienen“ und „flotten Puppen“ sie wieder ausgegangen sind, und wie sie mal wieder ihren Chef „heruntergeputzt“ haben. Ein anderer lehnt an der Musikkbox, und unaufhörlich klickt Groschen um Groschen in den Schlitz des Automaten, und leise murrend der Kasten: „Leila, nur eine Nacht veröhne mich...“

Auf den Straßen sieht man Jugendliche, die sich am hellen Tage und im dichtesten Verkehr ungeniert küssen. Und die „alten Herrschaften“ regen sich auf über diese „Halbstarken“. Da taucht dann dieser Ausdruck wieder auf. Warum bezeichnet man gleich alle diese jungen Leute als „Halbstarken“? Warum werden alle über einen Kamm geschoren? Warum regt man sich darüber auf, wenn heute Jugendliche offen und aller Welt zeigen, daß sie einander gern haben? Alle Welt kann es doch wissen! Ist es nicht schlimmer, wenn es heimlich und hinter den Gardinen der Öffentlichkeit geschieht? Es glaubt doch niemand, daß es früher anders war! Nur mit dem einen Unterschied, daß früher, „zu unserer Zeit“, wie unsere Eltern und Großeltern sagen, nichts offen gezeigt wurde...

Unsere Großeltern hatten gewiß auch vieles an unseren Eltern auszusetzen, was zu „ihrer Zeit“ auch nicht üblich war. Bestimmt werden wir das gleiche auch einmal zu unseren Kindern sagen.

Ist denn das Ganze nun ein Rummel oder ist es wirklich ein Problem? Solange es dabei bleibt, daß sie in der Milchbar sitzen oder sich auf der Straße küssen, ist es doch wirklich kein Problem – es ist Rummel.

Die „Backfische“ kommen mit 14 Jahren aus der Schule in einen Beruf, wo sie voll und ganz in Anspruch genommen werden. Denn heute ist es wirklich in den allermeisten Fällen so, daß Lehrlinge billige Arbeitskräfte sind.

Und wie sieht es im Privatleben dieser angeblich „Halbstarken“ aus? Darum kümmert sich niemand. Hinter die Kulissen sieht ja keiner! Vater und Mutter arbeiten oder es ist überhaupt nur der eine oder der andere Elternteil da. Wenn die Kinder nach Hause kommen – als „Schlüsselkind“ oder als „lästiges Anhängsel“ –, gibt es Scheltworte oder es heißt: „Geh mir aus dem Wege!“ Die Eltern haben Streit, und so geht man eben in die Milchbar, ins Kino. Zuviel Freizeit? Soll man denn zu Hause sitzen, sich den Streit der Eltern anhören? Lieber nach draußen – in den Rummel! Niemand kann sich offenbar vorstellen, daß auch Jugendliche ihre eigenen, oft schweren Probleme haben.

Dazu kommen noch die Minderwertigkeitskomplexe. Immer heißt es: „Du kannst das nicht“ – „Du taugst zu nichts“

usw. Da will man eben unter „seinesgleichen“ zeigen und beweisen, daß man doch „zu etwas taugt“! Daß das oft ausartet, ist nicht immer die Schuld der Jugendlichen!

Wenn dann allerdings 14jährige Mädchen mit 17jährigen Jungen intime Beziehungen haben, wird es schon zum Problem – zu einem sehr ernsten Problem! Aber – warum schimpft man dann auf die „Kinder, die Kinder kriegen“? Warum fragt man sich nicht erst einmal: „Wo hat die Mutter ihre Augen gehabt?“ Nun wird man vielleicht wieder ein Gegenargument vorbringen und sagen: „Was soll die Mutter tun? Ihre Tochter einsperren?“ Nein, das würde wirklich nichts nützen. Im Gegenteil, es würde die Tochter nur noch verstockter machen. Und wie ist es hier mit der Aufklärung? Hapert es nicht auch viel daran? Wir wissen zwar, daß es keinen Klapperstorch mehr gibt, aber wer hilft den Jugendlichen?

Könnten die Eltern nicht einmal sagen: „Lade doch deine Freunde und Freundinnen ein. Ihr könnt doch auch hier gemütlich zusammensitzen, Platten hören und tanzen.“ Auf diese Weise würde die Mutter die „Sorte“ von jungen Menschen kennenlernen, mit denen ihre Tochter oder ihr Sohn verkehrt. Warum können die Eltern nicht mitmachen, wenn eine solche Zusammenkunft stattfindet? Warum wird einfach alles verboten? Verbotenes reizt!

Ich glaube, Eltern und Kinder würden viel besser miteinander auskommen, wenn der eine versucht, den anderen zu verstehen. Viele Eltern sollten ruhig einmal versuchen, ihren Kindern Verständnis entgegenzubringen und ihnen einen Schritt entgegenzukommen. Man wird ja feststellen, ob dieses Vertrauen mißbraucht wird – oder nicht. Sonst lebt man sich doch nur noch mehr auseinander! Gewisse Freiheiten muß man den Jugendlichen lassen, sonst geht es einfach nicht! Aber – wir brauchen die Hilfe unserer Eltern, alleine schaffen wir es nicht. Es kommt auf beide Teile an, Eltern und Kinder, ob „Teenager“ und „Twens“ nur Rummel machen oder ob sie zu einem Problem werden!

Die obenstehende Leserzuschrift stammt von einer Mitarbeiterin des Annener Gussstahlwerks im „Teenager“-Alter (17 Jahre). Sie hat in ihrer Zurschrift Gedanken geäußert, die sie – und ganz gewiß auch zahlreiche ihrer Altersgenossen beiderlei Geschlechts – bewegen. Sie hat im Grunde nicht ganz Unrecht: Zu leicht ist die „ältere Generation“ geneigt, den Stab über manches Verhalten der heutigen Jugend zu brechen. Diese bitter-ernste Leserzurschrift klagt diese „ältere Generation“ an und bittet doch zugleich um ihr Verständnis. Wir wünschen nur, daß alle Eltern, die diese Zurschrift lesen, einmal ihr eigenes Verhältnis zu ihren Kindern im „Teenager“-Alter überprüfen... Die Redaktion



Zu guter Letzt

Lehrlinge unter sich

SIE WERDEN DIR ALS
NEUEM LEHRLING
VIEL ERZÄHLEN,



WIE GUT, WIR ES
HEUTE HÄTTE IM
GEGENSATZ ZU
FRÜHER.



NICHT NUR, DASS ES
MEHR GELD GIBT
ALS FRÜHER



UND WIR GEREGLTE
ARBEITSZEITEN
HABEN,



WIR SIND AUCH NICHT
MEHR DIE »MÄDCHEN
FÜR ALLES«.



WIR BRAUCHEN NICHT
MEHR PUTZFRAU ZU
SPIELEN, BESORGUN-
GEN ZU MACHEN



ODER DEN GARTEN VOM
MEISTER UMGRABen.



EINS VERSCHWEI-
GEN SIE DIR ABER:



WIR MÜSSEN SOVIEL
LERNEN, DASS DU
MANCHMAL DENKST,
DU WÄRST NOCH IN
DER SCHULE!



Ruhrstahl-Bildchronik



Aufgewärmte Tiefkühl-Menüs: Die Sozialabteilung der Henrichshütte führte vom 17.-29. April ein Experiment durch, um festzustellen, ob in absehbarer Zeit eine Kantine zur Ausgabe von aufgewärmten Tiefkühl-Fertigmenüs (Normal- und Diätkost) eröffnet werden soll: In der Testzeit aßen 250 Hüttenangestellte (aufgeteilt in Gruppen von ca. 40 Personen jeweils in drei Mittagspausen) die angebotenen Gerichte, deren Preise zwischen 1,50 DM bis 2,63 DM schwankten (ein Werkzuschuß ist nicht beabsichtigt). Ergebnis: 80 % der „Testpersonen“ hielten das Essen für ausreichend und schmackhaft. Unser Foto entstand beim Aufwärmen der in Stanniolfolien eingewickelten Gerichte.



A. o. Betriebsversammlung der Ruhrstahl-Verwaltung: Der Vorsitz des Ruhrstahl-Vorstandes, Dr. Hecker, nahm am 22. April im großen Belegschaftssaal des Annener Gusstahlwerks vor den Mitarbeitern der Ruhrstahl-Verwaltung Stellung zu verschiedenen Problemen der für den Sommer 1963 vorgesehenen Fusion der Ruhrstahl mit zwei Hüttenwerken im Rheinstahl-Bereich (vgl. Kommentar auf S. 2). BR-Vorsitz Weide hatte am 4. April in einer ordentlichen Betriebsversammlung zum gleichen Thema noch nicht soviel sagen können, wie die Angestellten erwartet hatten und wie Dr. Hecker ausführen konnte.



Lehrlingsfreisprechung in Annen: 25 Lehrlinge und Anlernlinge des Annener Gusstahlwerks und der Ruhrstahl-Verwaltung erhielten am 26. April aus der Hand von Werksleiter Dr. Schmidt-Wulffen im Sitzungssaal des Annener Gusstahlwerks ihre Facharbeiter- bzw. kaufm. Gehilfenbriefe (vgl. Prüfungsergebnisse auf S. 1 der Beilage). Dir. Dr. Schmidt-Wulffen, der im Beisein der Ausbildungsleiter und Lehrlingsausbilder zunächst die erfreulich gut ausgefallenen Prüfungsergebnisse verlas, machte die nunmehr zu vollgültigen Mitarbeitern erklärten Lehrlinge darauf aufmerksam, daß sie in einer konjunkturell schweren Zeit ihre Lehre abgeschlossen hätten. Er verwies auf den harten Wettkampfkampf im EWG-Raum, den die deutsche Industrie auf die Dauer nur bestehen könne, wenn sie Hochleistungserzeugnisse liefere. Er empfahl allen am beruflichen Fortkommen interessierten jungen Ruhrstählern das Erlernen fremder Sprachen.



Steinerne Wächter

Seit Alters her gehört es zu den ehernen Gesetzen der Repräsentativ-Architektur, furchterregende, Macht verkörpernde Tiere als steinerne Wächter längs der Zufahrtsstraßen oder vor den Portalen fürstlicher wie administrativer oder gar merkantiler Paläste zu postieren. Hatten im Altertum derartige Statuen einen von der Religion her bestimmten mythischen Sinn, so haben sie vor den Portalen der Großbauten der Zeit vor dem ersten Weltkrieg nur mehr dekorativ-repräsentativen Sinn. Besonders der königliche Löwe erwies sich für diesen Zweck als besonders geeignet. Die nüchternen Großbauten unserer Zeit verbieten allerdings derartige Repräsentativ-Schnörkel. Eigentlich schade – jedenfalls für die Kinder.

Foto: H. Ahlborn